Ausgabe 2/2019 • C44904

respektiere leben.

Das Magazin für „Nutz"tierschutz

PROVIEH

Klimawandel

Ein Problem, das jeden etwas angeht

Wilde Schweine dieser Welt

Von Hirschebern und verwilderten Strand-Schweinen

PROVIEH

respektiere leben.

PRO**VIEH** e.V.
Küterstraße 7–9
24103 Kiel
Tel. 0431. 248 280
E-Mail info@provieh.de
www.provieh.de

PROVIEH ist ein gemeinnütziger Verein, der sich bereits seit 1973 **für eine artgemäße und wertschätzende Tierhaltung in der Landwirtschaft** einsetzt. Grundlegende Motivation ist das Verständnis von „Nutz"tieren als intelligente und fühlende Wesen.

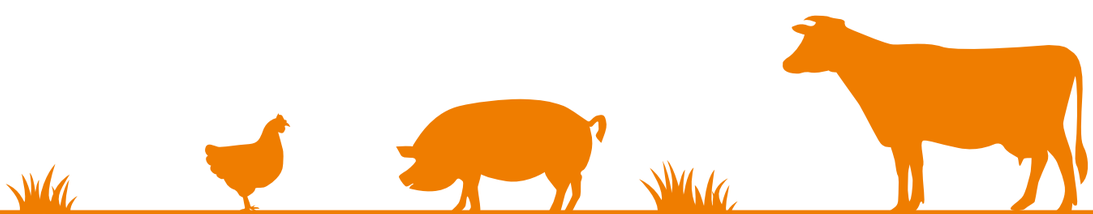
PROVIEH kämpft deshalb **gegen tierquälerische Haltungsbedingungen** und gegen die Behandlung von Tieren als bloße Produktionseinheiten. PROVIEH fordert, dass die Haltung an den Bedürfnissen der „Nutz"tiere ausgerichtet wird, anstatt Anpassungen am Tier vorzunehmen (zum Beispiel Schwanzkupieren bei Schweinen, Enthornung bei Rindern, Schnabelkürzen bei Hühnern). Dazu gehören auch eine artgemäße Fütterung ohne gentechnisch veränderte, pestizidbelastete Futtermittel und ein verantwortungsvoller, also minimaler Antibiotikaeinsatz.

PROVIEH versteht sich als Fürsprecher aller landwirtschaftlich genutzten Tiere – ganz gleich, ob sie in industrieller, konventioneller oder biologischer Haltung leben. Dabei kritisiert PROVIEH allerdings die agrarindustrielle Wirtschaftsweise als Ursache vieler Tierschutzprobleme. **PROVIEH fördert und unterstützt daher eine bäuerliche, naturnahe und nachhaltige Landwirtschaft**, aus der Überzeugung heraus, dass diese die derzeit besten Voraussetzungen für eine artgemäße Tierhaltung bietet.

PROVIEH arbeitet fachlich fundiert, seriös und politisch unabhängig. Im respektvollen Dialog mit Tierhaltern, der Politik und dem Handel identifiziert PROVIEH den jeweils nächsten machbaren Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen von „Nutz"tieren und begleitet dessen Umsetzung beratend. Um in Deutschland Veränderungen zu erzielen, vernetzt sich PROVIEH national sowie international mit Partnerorganisationen und ist ebenfalls auf EU-Ebene aktiv.

Gleichzeitig vermittelt PROVIEH Wissen an Verbraucher und klärt über die Auswirkungen ihres Konsums auf. PROVIEH begrüßt den Beitrag jedes Einzelnen, der den Verbrauch von tierischen Produkten vermindert. Dazu zählen ein bewusster Fleischkonsum ebenso wie die vegetarische und vegane Lebensweise.

Die Veränderungen, die PROVIEH anstrebt, verbessern nicht nur das Leben von „Nutz"tieren, sondern wirken sich auch positiv auf Mensch und Umwelt aus. Eine Abkehr von der industriellen Massentierhaltung schützt die Gesundheit der Menschen, schont natürliche Ressourcen (Böden, Wasser) und das Klima, indem das Entstehen von multiresistenten Keimen, die Nitratbelastung und die Methanemissionen verringert werden. Angesichts der vielfältigen negativen Auswirkungen der industriellen Massentierhaltung ist PROVIEH der Überzeugung, dass eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft faire Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Verteilung von natürlichen Ressourcen und Nahrungsmitteln weltweit schafft.



Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

der Klimawandel ist in aller Munde. Gerade im Zuge der Europawahl war er eins der „Top-Themen" - zu Recht. Die Wahlergebnisse spiegeln wohl den Wunsch vieler Menschen wider, dass sich die Politik verstärkt mit dem Klimawandel befasst und Gegenmaßnahmen beschließt.

Der freie Autor Maximilian Probst schreibt in einem Artikel für die Zeit online: „Der Klimawandel erschüttert Gewissheiten: Die Katastrophe ist nicht so komplex wie unser Weltbild. Sondern so simpel wie die Slogans der protestierenden Schüler." Mittlerweile haben vermutlich die meisten von Ihnen von den tausenden Schülern gehört, die freitags für das Klima streiken. Die Politik tut gut daran, die Wähler von morgen ernst zu nehmen.

Die Welt ist sehr komplex, das stimmt. Aber der Klimawandel ist es eigentlich nicht. Wir wissen, dass die globale Erderwärmung zunimmt und zahlreiche Zukunftsprognosen zeigen uns, was sich für Folgen daraus ergeben können. Zwar kann niemand mit Sicherheit sagen, was genau passiert, aber in welche Richtung unser aktueller Kurs zeigt, ist vorhersehbar. Kohle, Öl und Gas waren die Grundlage der Industrialisierung, doch damit unsere Erde weiterhin ein lebenswerter Ort für uns und die Tiere bleibt, müssen sie sobald wie möglich vollständig unter der Erde verbleiben. Wir werden uns umgewöhnen müssen. Der Umstieg auf erneuerbare, klimaneutrale Energien und ein anderes Konsum- und Ernährungsverhalten ist so unabdingbar wie machbar. Der Weg ist einfach, das Handeln allerdings fällt uns oft schwer. Die Abkehr vom Ausstoß der Treibhausgase kann einem schon Angst machen. Doch die Aussicht auf einen konstanten Temperaturanstieg mit all den Folgen, macht mir persönlich noch viel mehr Angst. Zudem werden sich ganz neue Möglichkeiten ergeben, sobald wir uns erstmal auf etwas Neues eingelassen haben.

Tatsächlich lässt sich der Klimawandel im gewissen Maße auch mit dem Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration oder mit den Langstreckentransporten von Tieren in Drittstaaten vergleichen, die nachweislich nicht so hohe Tierschutzbestimmungen haben wie Deutschland. Natürlich ist allen Beteiligten klar, dass es nicht in Ordnung ist, Ferkel bei vollem Bewusstsein zu kastrieren oder Rinder zusammengepfercht über lange Strecken zu transportieren, oft ohne Wasser und Futter. Die Entscheidung, was getan (oder gelassen) werden muss, ist also eigentlich einfach. Doch leider stehen hier wie auch beim Klimawandel nicht nur eingefahrene Systeme und Strukturen, sondern allzu oft auch polit-ökonomische Fragen nach Interessen, Macht und Gewinnmaximierung dem Fortschritt im Weg.

Christina Petersen

Ihre Christina Petersen,
Chefredakteurin

„Es klingt so pathetisch, aber die Mutter Erde ist tatsächlich unsere Mutter. Unser eigenes Leben hängt brutal davon ab, dass es ihr gut geht."

Dr. Eckart von Hirschhausen

PROVIEH INHALT

TITELTHEMA

Eine Generation streikt für ihre Zukunft 6

Klimawandel.
Ein Problem, das jeden etwas angeht 9

AGRAR-ATLAS 2019: Daten und Fakten
zur Landwirtschaft 12

MAGAZIN

Wilde Schweine dieser Welt 35

„Das ist keine Vielfalt, das ist Einfalt."
Ein Interview mit Prof. Dr. Dr. Kai Frölich 40

Mein Weg zu den Nutztieren 43

Die mobile Schlachtbox: Die kleine Alternative
zum großen Schlachthof 44

KAMPAGNE

Der lange Weg bis zum Ende der betäubungslosen
Ferkelkastration 21

Das vergessene Viertel – Milchkühe in
Anbindehaltung 26

Tiertransporte und Verbraucherverhalten:
Wie hängt das zusammen? 28

Tiertransporte in Hochrisikostaaten.
Ein Interview mit Prof. Dr. Jens Bülte 30

AGRARPOLITIK

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020:
Alter Wein in neuen Flaschen? 16

LICHTBLICK

Pferdewohl und Pferdeleid 47

ALTE „NUTZ"TIERRASSE

Dänisches Sortbroget Schwein 48

GÄNSEFÜSSCHEN

Was bedeutet „Klimawandel"? 50

IMPRESSUM 51

Klimawandel

Wieso junge Menschen auf die Straße gehen und welche Folgen die globale Erderwärmung für uns hat.

FRIDAYS FOR FUTURE Kiel

Eine Generation streikt für ihre Zukunft

PROVIEH im Interview mit Fridays for Future Kiel

Mit dem Dürre- und Hitzesommer 2018 wurde die Bedrohung der globalen Erwärmung erstmals für die Breite der Bevölkerung real. Die Schülerin Greta Thunberg wurde mit ihrem Schulprotest zu einer Vorreiterin für eine ganze streikende Generation. Die Schwedin stellte sich 2018 erstmals mit einem selbstgemalten Schild „Schulstreik für das Klima" vor den Schwedischen Reichstag, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen und bestreikte jeden Freitag die Schule. Aus ihrem einsamen Protest ist unter dem Titel Fridays for Future (wörtlich: Freitage für die Zukunft) oder „Schulstreik für das Klima" in den vergangenen Monaten eine globale Bewegung geworden, der sich inzwischen tausende Schüler und Schülerinnen weltweit angeschlossen haben, die freitags die Schule für das Klima bestreiken. Mit der Bewegung fordern sie die Politik zum Handeln auf. Diese soll Maßnahmen erarbeiten, wie das internationale Pariser Klimaabkommen eingehalten werden kann. Die Streiks organisieren die Jugendlichen dabei selbst. Unterstützt wird die Bewegung von vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (Scientists for Future), Eltern (Parents for Future) und Landwirten (Farmers for Future).

PROVIEH hat sich mit der Kieler Gruppe von Fridays for Future getroffen, um über die Bewegung und über die Themen Klima und Landwirtschaft zu sprechen. Im Interview kommen neben der Gruppe stellvertretend Mirja Schröter (18), Schülerin, und Leon Martin (22), Student, zu Wort.

Fridays For Future ist weder an eine Partei noch an eine Organisation gebunden. Es ist eine weltweite Bewegung, die durch tausende junge Menschen getragen wird.

Wie seid ihr zu Fridays for Future gekommen?

Mirja: Ich war schon von Anfang an dabei. Ein Freund hat mich angesprochen, ob wir nicht auch in Kiel eine Gruppe ins Leben rufen wollen. Und das haben wir getan. Am 14. Dezember 2018 hatten wir hier unseren ersten großen Streik. Wir haben mit 50 Teilnehmern gerechnet, gekommen sind 500.

Leon: Ich bin erst seit Kurzem bei Fridays for Future. Ich war auf dem großen Streik am 15. März und bin darüber in eine Whatsapp-Gruppe gekommen. Darüber habe ich vom Plenum erfahren und bin seitdem dabei.

Was hat euch an der Bewegung angesprochen? Was macht Fridays for Future besonders?

Leon: Ich hatte lange das Gefühl, nicht gehört zu werden. Es war ein Gefühl der Machtlosigkeit. Durch die Aufmerksamkeit, die Fridays for Future jetzt überall bekommt, werden wir mit unserer Meinung wahrgenommen. Das Thema Klimaschutz ist in der Politik präsenter. Jetzt, im Zuge der Europawahl, hat jede Partei das Thema Klima auf der Agenda.

Mirja: Fridays for Future ist eine neue Aktionsform, die man so bisher nicht kannte. Zwar gibt es bereits die Aktionsform von Schulstreiks beziehungsweise Schülerprotesten, aber in diesem großen Ausmaß ist das etwas Besonderes. Bei Fridays for Future geht eine ganze Generation auf die Straße, um etwas zu verändern. Und dabei handelt es sich um eine Generation, die eigentlich als politikverdrossen gilt. Aber wir sind diejenigen, die in der Zukunft und mit den Konsequenzen werden leben müssen. Die Bewegung hat viele sehr junge Menschen zum Nachdenken bewegt, manche Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind erst zwölf Jahre alt.

Besonders ist auch, dass die Bewegung praktisch aus dem Nichts kam. Für die erste Demo gab es nicht mal einen Flyer und trotzdem sind Hunderte gekommen. Plötzlich waren da überall Schüler und Schülerinnen, die protestiert haben. Dadurch hat Fridays for Future eine riesige Öffentlichkeit bekommen. Politiker und Politikerinnen reagieren auf die Bewegung und fühlen sich hoffentlich gezwungen zu handeln.

Welche Gründe hattet ihr, euch für das Thema Klimaschutz einzusetzen?

Mirja: Ich möchte eine Zukunft haben. Eine Zukunft, die nicht vom Klimawandel und dessen Folgen bedroht ist. Und ich möchte nicht auf Kosten anderer, wie dem globalen Süden, leben. Ich wünsche mir, in einer gerechten Welt zu leben.

Leon: Das Thema Klima betrifft jeden und vor allem trifft es diejenigen, die es nicht verursacht haben. Das möchte ich ändern.

Was seht ihr als die größten Probleme in der Klimadebatte?

Fridays for Future: Zwar reden alle über den Klimawandel und seine Folgen, das Thema ist allgegenwärtig, aber es wird nicht gehandelt, die Politiker reden nur. Und nur wenige Menschen wollen Abstriche machen und auf Luxus oder Komfort in ihrem Leben verzichten.

Als Nutztierschutzverband beschäftigen wir uns auch mit den Auswirkungen der (industriellen) Tierhaltung auf das Klima. Wie steht ihr zu der Aussage, dass der Konsum tierischer Produkte ein immenser Faktor in der Klimadebatte ist?

Fridays for Future: Fleisch ist, wie vieles andere auch, ein Luxusprodukt, das Treibhausgase produziert. Deshalb sollte der Konsum von tierischen Lebensmitteln reduziert werden. Und dafür ist ein gesellschaftlicher Wandel nötig.

Leon: Die Fläche, die für den Futtermittelanbau für Nutztiere benö-

tigt wird, ist immens. Würde man diese Fläche für die Ernährung oder zur anderen Nutzung für den Menschen verwenden, wäre das viel effektiver.

Welche Rolle spielt das Thema Tierhaltung in der Fridays for Future Bewegung?

Fridays for Future: Wir wollen auf die gesamte Bandbreite der Themen aufmerksam machen, die unser Klima schädigen. Der Konsum tierischer Produkte ist ein Bestandteil davon. In unseren Hauptforderungen ist die Einhaltung des Klimaziels von 1,5 Grad Celsius enthalten. Dabei ist auch die Tierhaltung in die Verantwortung genommen. Die Forderung nach einer CO_2-Steuer von 180 Euro/Tonne bezieht sich selbstverständlich auch auf Fleisch und sonstige tierische Produkte.

Leon: Innerhalb unserer Kieler Gruppe hat der reduzierte Konsum tierischer Lebensmittel neben dem Verzicht auf Plastik einen hohen Stellenwert.

Welche Maßnahmen fordert die Fridays for Future Bewegung, um dem Klimawandel entgegenzuwirken?

Fridays for Future: Unser Oberziel ist, dass die Ziele des Pariser Abkommens eingehalten werden und damit die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzt wird. Wir wollen, dass Nettonull bis 2035 erreicht wird, der Kohleausstieg bis 2030 vollendet ist und bis 2035 eine Versorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien vorliegt. Damit die Emissionen so bald wie möglich reduziert werden, fordern wir für 2019, dass ein Viertel der Kohlekraft abgeschaltet wird, eine CO_2 Steuer auf alle Treibhausgasemissionen und ein Ende der Subventionen für fossile Energieträger. Fridays for Future möchte die Politik auf die Probleme aufmerksam machen und ein Sprachrohr in der Klimadebatte sein. Die Aufgabe der Politik ist es, Lösungen zu finden.

Welche Maßnahmen trefft ihr für euch im Privaten?

Fridays for Future: Da hat jeder natürlich eigene Ansätze, aber die grundlegenden Punkte sind, dass viele kaum fliegen, versuchen Plastik zu reduzieren und sich ihr Essen vorzubereiten, um nicht so viel auswärts zu konsumieren und dadurch Verpackung zu sparen. Manche ernähren sich vegetarisch oder vegan. Kurzstrecken fahren viele mit dem Fahrrad, alles andere versuchen wir mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Wir versuchen, Lebensmittel nicht zu verschwenden und unseren Konsum einzuschränken, also vieles wiederzuverwerten und wenig neuzukaufen.

Mirja: Und wir organisieren die Demos, mit denen wir auf den Klimawandel aufmerksam machen. Dadurch geben wir vielen Menschen einen Zugang zu Informationen und schaffen ein Bewusstsein für die Klimaproblematik.

Habt ihr das Gefühl, Menschen in eurem privaten Umfeld erreicht zu haben, seit ihr euch für Fridays for Future engagiert?

Fridays for Future: Man sieht an den steigenden Teilnehmerzahlen der Demos bereits, dass wir viele Menschen erreicht haben. Anfangs kamen einige Hundert, inzwischen sind es mehrere Tausend.

Leon: Für mich ist es bereits ein Erfolg, wenn ich einen Menschen erreicht habe.

Mirja: Die mediale Aufmerksamkeit für Fridays for Future ist riesig, dadurch erreichen wir so viele Menschen. Bei uns in der Schule interessieren sich auch viele der ganz jungen Jahrgänge für das Thema Klima. Das ist ein toller Erfolg!

Vielen Dank!

Das Interview führte Svenja Taube

Klimawandel

Ein Problem, das jeden etwas angeht

Der Klimawandel ist schon da – ihn zu leugnen widerspricht jeglichen Fakten. So gut wie alle Wissenschaftler der Welt, die sich mit diesem Thema auseinander gesetzt haben, sagen zum einen, dass der Klimawandel von Menschen gemacht ist und zum anderen, dass wir eine globale Durchschnittstemperaturerhöhung von 1,5 Grad Celsius auf keinen Fall überschreiten dürfen. Ansonsten drohen der Erde irreversible Schäden.

Die Erde wird immer wärmer

2018 war das viertwärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Es liegt damit knapp hinter 2016 (dem wärmsten Jahr), dicht gefolgt von 2015 (dem zweitwärmsten) und 2017 (dem drittwärmsten) Jahr. In Deutschland lagen zehn der elf wärmsten Jahre seit 1881 zwischen den Jahren 2000 und 2018. Die globale Durchschnittstemperatur erreichte damit wiederholt einen um etwa ein Grad Celsius höheren Wert gegenüber der vorindustriellen Zeit. Auch die Meerestemperaturen für die oberen 2.000 Meter Wassertiefe haben neue Rekordwerte erreicht.

Deutlich zu erkennen ist die globale Erderwärmung an dem Flächenverlust der Antarktis. In den letzten 40 Jahren hat sich die Abtaurate der Eismassen dort versechsfacht. Auch in Grönland und der Arktis schmelzen die Gletscher, was wiederum zur Folge hat, dass der Meeresspiegel steigt. Wetterexteme, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, häufen sich: Starkregen mit Überschwemmungen, verheerende Hitzewellen und heftige Stürme richten großen Schaden an. Laut einem aktuellen Bericht der Weltmeteorologie-Organisation WMO trafen diese allein im letzten Jahr mehr als 62 Millionen Menschen und knapp 900.000 Menschen wurden durch klimabedingte Katastrophen zu Flüchtlingen.

Einer Forschungsstudie von 2015 zufolge schwindet unter anderem aufgrund des Klimawandels außerdem die biologische Vielfalt schon jetzt in einem dramatischen Ausmaß. Der Verlust von Wirbeltierarten im vergangen Jahrhundert schreitet so rasant voran, dass Forscher bereits von einem großen Massensterben sprechen.

Kipp-Punkte

Gefahren, die von der globalen Erwärmung ausgehen, sind die sogenannten Kipp-Punkte. Dabei handelt es sich um drohende ökologische Systemzusammenbrüche, die miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken. Ähnlich einem Dominoeffekt führt einer zum anderen. Die Autoren um den Ökologen Juan-Carlos Rocha vom Stockholm Resilience Centre analysieren 30 solcher Kipp-Punkte. Dabei beziehen sie neben dem Klimawandel auch den Verlust der Artenvielfalt mit ein sowie die globale Ausweitung der Landwirtschaft, die Verstädterung und die Erosion der Böden. Schmilzt beispielsweise der grönländische Eisschild vollständig, würde der Meeresspiegel um rund sieben Meter steigen. Doch davon mal abgesehen, wären sowohl die Reflexion des hellen Eises als auch seine Kühlwirkung nicht mehr gegeben. Dafür würde der freigelegte dunkle Boden die Sonnenstrahlung absorbieren, die Tempe-

ratur würde weiter steigen und es drohten weitere Folgeerscheinungen: In diesem Szenario wäre es wahrscheinlich, dass sich die Meeresströmungen ändern und damit die Verteilung der Niederschläge. So könnten letztlich die nördlichen Wälder sterben.

Die Welt-Klimakonferenz

2015 unterzeichneten 196 Staaten auf der UN-Klimakonferenz den Vertrag von Paris. Festgelegt wurde, dass bis 2050 die jährlichen Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 80 bis 95 Prozent sinken sollen. Die weltweiten Treibhausgas-Emissionen müssen demnach spätestens 2020 ihren Höhepunkt erreicht haben und in der Folge pro Jahr halbiert werden. Entsprechende Zwischenziele für Deutschland verlangen eine verbindliche Emissionsreduktion von 40 Prozent bis 2020 und mindestens 55 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990. Laut „Scientists for Future" (Wissenschaftler für die Zukunft) sind diese Ziele jedoch nicht ausreichend. Sie fordern, dass die Klimaschutzziele für Deutschland in den nächsten 20 Jahren um fünf Prozent pro Jahr gesteigert werden.

Dem aktuellen Klimaschutzbericht zufolge verfehlt Deutschland allerdings seine aktuellen Klimaschutzziele. Anstatt der angestrebten 40 Prozent liegt die Verringerung der Emissionen lediglich bei 32 Prozent. Schafft die Bundesregierung es nicht, die vereinbarten Klimaziele zu halten, drohen Strafzahlungen von 30 bis 60 Milliarden Euro. Am 14. Dezember 2018 trafen sich erneut Regierungsvertreter und Klimaforscher auf der weltweit größten Klimakonferenz im polnischen Kattowitz. Hier wurde ein Regelwerk beschlossen, das die Erderwärmung bremsen soll. Es geht um technische und juristische Details, die die Umsetzung des Pariser Vertrags ermöglichen sollen. Die Klimakonferenz 2018 hat das Regelwerk für den Weltklimavertrag einstimmig beschlossen. Der amerikanische Präsident Donald Trump hat jedoch bereits angekündigt, aus dem Pariser Vertrag auszusteigen und auch Brasilien wählte mit Jair Bolsonaro einen Präsideten, der den Klimavertrag ablehnt. Zudem wird es schwierig werden, Sanktionen wirklich umzusetzen.

Dabei sind schnelle Maßnahmen unerlässlich: Das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) hat errechnet, wie viel CO_2 noch in die Atmosphäre abgegeben werden darf, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Wenn die Welt so weitermachen würde wie bisher, wäre die Menge an CO_2, die noch ausgestoßen werden darf, bereits in etwa neun Jahren aufgebraucht.

Das Klima und die Ernährnung

Die größte Quelle der Treibhausgas-Emissionen ist die Verbrennung von fossilen Brennstoffen. Ein nicht unerheblicher Teil der Treihausgase entsteht jedoch auch durch unsere Ernährung. Lebensmittel werden angebaut, Tiere gezüchtet und gemästet, geerntet oder geschlachtet, über weite Strecken transportiert, gekühlt, gelagert, gegebenenfalls weiterverarbeitet, verkauft und landen schließlich auf unserem Teller – oder im Müll. So gehört die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln ebenfalls zu den Hauptursachen von Klimawandel und Umweltzerstörung. Einer Studie des WWF zufolge gehen fast 30 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen auf das Konto der Nahrungsmittel, besonders auf unseren „Hunger nach Fleisch". Der Ökologe Joseph Poore von der britischen Universität Oxford und sein Kollege Thomas Nemecek aus der Schweiz haben im Gegenzug den CO_2-Fußabdruck eines deutschen Veganers untersucht. Ihre Ergebnisse wurden 2018 in der Fachzeitschrift „Science" veröffentlicht. Demnach belastet eine Pflanzenkost die Umwelt und das Klima deutlich weniger als der Verzehr von Tierprodukten. Der Effekt verstärkt sich, da bei einer pflanzlichen Ernährung nicht nur weniger Treibhausgase in die Atmosphäre gelangen, sondern auch andere Umweltauswirkungen, wie der Landverbrauch, verringert würden.

Was zu tun ist

Der Klimawandel führt global betrachtet zu Wasserknappheit, schlechteren Ernten, Hunger, vermehrten Konflikten und Krieg um Ressourcen sowie dazu, dass immer mehr Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Doch noch ist offen, welches Ausmaß die vom Menschen hervorgerufenen Veränderungen für das Klima tatsächlich annehmen. Das hängt maßgeblich von den Entscheidungen und Handlungen ab, die jetzt und in den nächsten Jahrzehnten getroffen werden. Wir brauchen klare politische Rahmenbedingungen und Gesetze. Noch können wir die Klimaziele einhalten. Deutschland zählt zu den reichsten Ländern der Welt und sollte hierbei eine Vorbildfunktion ausüben. Jeder einzelne von uns kann auch etwas tun: Essen Sie weniger Fleisch, fliegen Sie weniger und werden Sie politisch. Der Klimawandel geht uns alle an.

Christina Petersen

Wir müssen die fossilen Energien so schnell wie möglich durch erneuerbare Energien ersetzen. Die technischen Voraussetzungen für den Aufbau von versorgungssicheren, klimaneutralen und erneuerbaren Energien sind bereits gegeben.

AGRAR-ATLAS 2019
Daten und Fakten zur Landwirtschaft

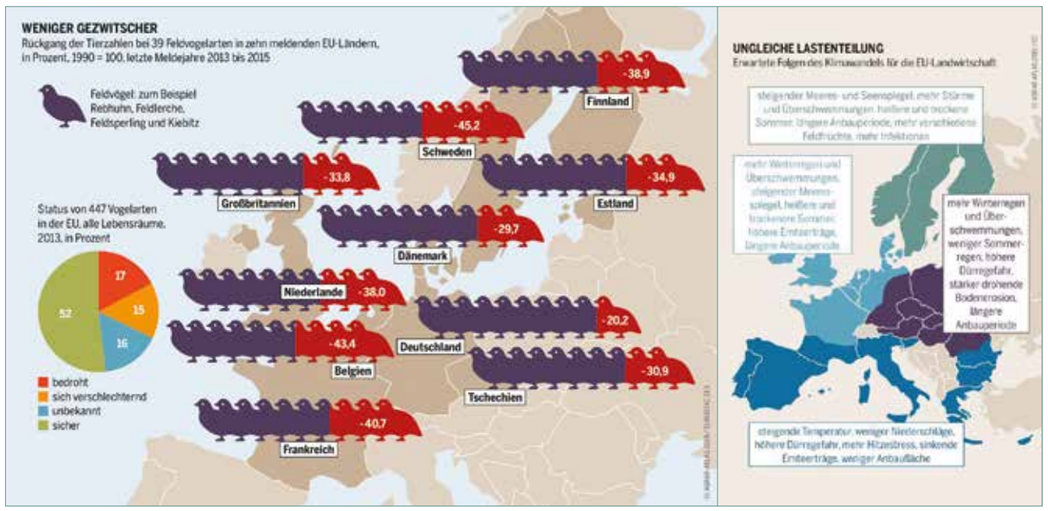
Agrar-Atlas 2019: Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft, Heinrich-Böll Stiftung, BUND, LE MONDE diplomatique, kostenlos bestellbar unter: https://www.boell.de/de/agraratlas.

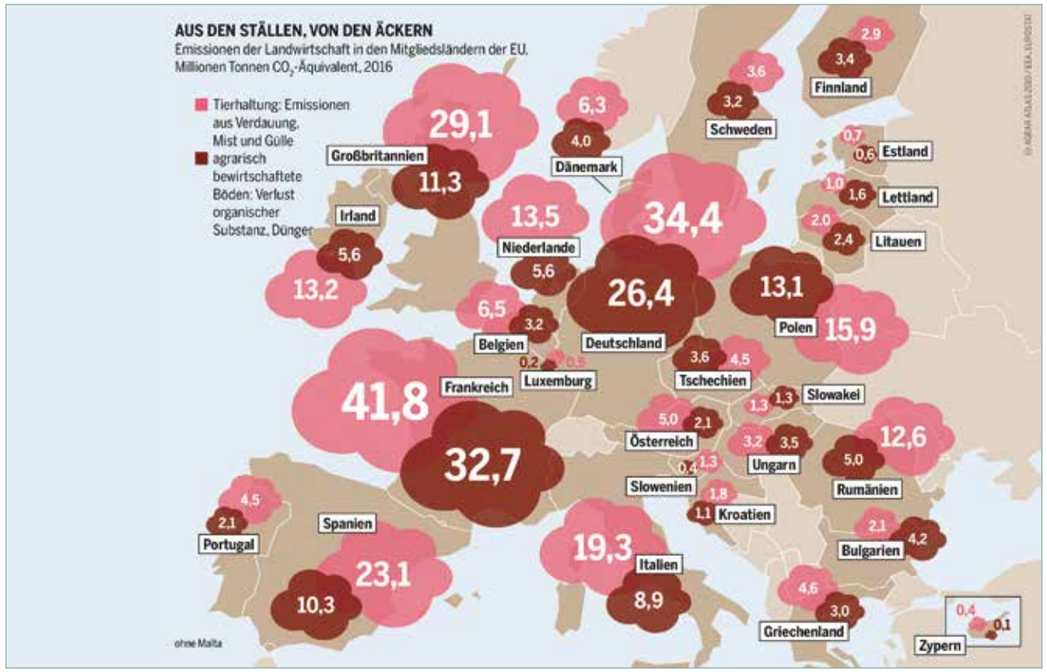
Die EU-Agrarpolitik sorgt bei vielen Menschen für Kopfschütteln. Besonders die Direktzahlungen nach Fläche sind ein Instrument, das mit einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht vereinbar ist. Kleinere und mittlere Betriebe profitieren von den Zahlungen kaum, wohingegen die großen Konzerne mit viel Fläche (ohne große Auflagen) das meiste Geld kassieren. 80 Prozent der Direktzahlungen gehen somit an nur 20 Prozent der Betriebe. Der Agrar-Atlas 2019, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, BUND und LE MONDE diplomatique, trägt diese Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft zusammen. Wie PROVIEH fordert er eine Umverteilung der Gelder, die sich an Umweltschutz und Tierschutz orientiert.

Die EU gibt jährlich fast 60 Milliarden Euro für die gemeinsame EU-Agrarpolitik aus. Pro Bürger sind das 114 Euro im Jahr, von denen leider kaum etwas den Zielen zugutekommt, die für die Bevölkerung wichtig sind. Umfragen zeigen, dass 82 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger sich mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung wünschen. Außerdem sind der Erhalt von kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben sowie Umweltschutz und Klimaschutz sehr wichtig für die Befragten. Umweltfreundliche, nachhaltige Landwirtschaft sollte also stärker gefördert und Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft honoriert werden.

Höfesterben

Was wir von PROVIEH seit geraumer Zeit kritisieren und mit Sorge beobachten, belegt der Agraratlas mit harten Zahlen. Die Großen fressen die Kleinen: Seit 1990 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland halbiert. Es ist also jeder zweite Agrarbetrieb „gestorben". Dieser Trend scheint sich fortzusetzen und die ungerechte Verteilung der EU-Zahlungen hilft dabei.





Bedrohte Artenvielfalt

Der Agraratlas identifiziert die intensive Landwirtschaft als größte Bedrohung für die Tier- und Pflanzenwelt in der EU. Die Biomasse der Insekten in Deutschland reduzierte sich seit 1990 um mehr als 75 Prozent und auch die Zahl der Feldvögel wie Kiebitz oder Feldlerche ist in den letzten 25 Jahren extrem zurückgegangen (siehe Grafik „Weniger Gezwitscher").

Ein Ackerbau, der auf maximalen Ertrag ausgerichtet ist, bietet wenig Nahrung für die Tierwelt. Monokulturen, fehlende Blühstreifen und übermäßiger Düngemittel- und Pestizideinsatz, der Insekten und Beikräuter vernichtet, macht Vögeln und Insekten das Leben schwer. Hinzu kommt eine Wasserverschmutzung durch Düngemittel und Pestizide, die sich auch indirekt negativ auf die Tierwelt auswirkt. Neben den negativen Folgen für die Bodengesundheit und eine reduzierte Pflanzenvielfalt, hat der Abfluss von stickstoffhaltigem Wasser ins Meer fatale Folgen für die Meeresbewohner (siehe PROVIEH Umweltheft).

Klima – Täter und Opfer zugleich

Der Klimawandel hat in vielerlei Hinsicht Auswirkungen auf die Landwirtschaft und wird gleichzeitig von ihr begünstigt. Der Agrarsektor ist in Europa die drittgrößte Quelle von Treibhausgasen. Hauptverursacher sind dabei der großzügige Einsatz von Düngemitteln sowie die Emissionen aus industrieller Tierhaltung. Deutschland und Frankreich tragen die Hauptverantwortung für die hohen Mengen an Treibhausgasen vor allem aus Verdauung, Mist und Gülle der Tierhaltung sowie aus den ausgelaugten, überdüngten Böden: Beide Länder kommen zusammen auf ein Drittel aller Emissionen in der EU-Landwirtschaft (siehe Grafik „Aus den Ställen, von den Äckern").

Diese Hauptverursacher werden die negativen Folgen des Klimawandels vermutlich zunächst am wenigsten spüren. Der Agrar-Atlas erwartet für die EU-Landwirtschaft ungleiche Folgen, je nach geografischer Lage der einzelnen Länder (siehe Grafik „Ungleiche Lastenteilung"). So soll die Landwirtschaft in den mitteleuropäischen Ländern zunächst von den Klimaveränderungen profitieren, während nord-, süd- und osteuropäische Länder die negativen Auswirkungen des Klimawandels eher und härter zu spüren bekommen.

Zur Stabilisierung des globalen Klimas und zur Minimierung der Auswirkungen des Klimawandels ist es unerlässlich, die Emissionen drastisch zu reduzieren. Die EU hat sich zu internationalen Zielen für den Klimaschutz verpflichtet. Um diese zu erreichen, sind weitreichende Reformen in der Agrarpolitik notwendig.

Sandra Lemmerz

12 KURZE LEKTIONEN

ÜBER DIE EU-LANDWIRTSCHAFT

AGRARPOLITIK PROVIEH

1 Durch die **EU-AGRARPOLITIK** fließen jährlich fast 60 Milliarden Euro in die europäische Landwirtschaft. Das sind **114 EURO** pro EU-Bürger und EU-Bürgerin im Jahr.

2 Die Landwirtschaft ist eng verwoben mit dem **SCHUTZ** von Insekten und Vögeln, sauberem Wasser und gesunden Lebensmitteln. Das **GELD** der EU fließt **KAUM** in diese Bereiche.

3 Die nächste siebenjährige Förderperiode der EU beginnt **IM JAHR 2021.** Die Verhandlungen über Reformen sind in vollem Gange.

4 Die EU-Agrarpolitik besteht aus **ZWEI SÄULEN.** Mit der ersten werden vor allem pauschale Flächenprämien gezahlt, mit der zweiten die ländliche Entwicklung, Ökolandbau und Umweltmaßnahmen unterstützt.

5 70 Prozent der EU-Gelder werden pro Hektar ohne weitreichende Auflagen ausgegeben. Wer **VIEL LAND** bewirtschaftet, bekommt **VIEL GELD.**

6 **LÄNDLICHE RÄUME** sind mehr als Landwirtschaft. Auch sie werden aus dem Agrarbudget gefördert. Diese Förderung ist **MIT DEUTLICH WENIGER GELD** ausgestattet als die erste Säule.

7 Die EU hat sich zu internationalen Zielen für den **KLIMASCHUTZ** und die **BIODIVERSITÄT** sowie zur **GLOBALEN GERECHTIGKEIT** verpflichtet. Ihre Agrarpolitik hat sie darauf noch nicht ausgerichtet. Ohne weitreichende Reformen wird die EU die internationalen **ZIELE VERFEHLEN.**

8 **TIERWOHL** ist den EU-Bürgerinnen und -Bürgern sehr wichtig. Dennoch werden die Gelder der EU-Agrarpolitik kaum genutzt, um die **TIERHALTUNG** in diesem Sinne zu **VERBESSERN.**

9 In der EU haben zwischen 2003 und 2013 ein Drittel aller **BAUERNHÖFE** aufgegeben. Ihre Flächen übernahmen andere. Heute bewirtschaften 3,1 Prozent aller Betriebe mehr als die **HÄLFTE DES AGRARLANDES.**

10 Auch in Deutschland geben jedes Jahr viele Betriebe auf. **GROSSE BETRIEBE** wachsen am schnellsten. Mehr als 75 Prozent der Deutschen findet diese Entwicklung **BESORGNISERREGEND.**

11 Die EU-Agrarpolitik **HILFT** beim Kampf gegen die **POLITISCHE EROSION** der Europäischen Union. Sie ist besonders in ländlichen Regionen wichtig, in denen die **UNZUFRIEDENHEIT MIT DER EU** groß ist.

12 Damit die **GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP)** der EU gesellschaftlich akzeptiert wird, muss sie Umwelt und Klima **SCHÜTZEN,** die Artenvielfalt **ERHALTEN,** das Tierwohl **VERBESSERN** und kleine und mittlere Betriebe **FÖRDERN.**

© AGRAR ATLAS 2019 / STOCKMAR

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020: Alter Wein in neuen Flaschen?

Die Reformvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 liegen auf dem Tisch. Was bringt die neue GAP für die Landwirtschaft und „Nutz"tiere?

Als „Oxymoron" bezeichnete Prof. Dr. Harald Grethe die gegenwärtige Gemeinsame Agrarpolitik der EU auf einer Tagung Anfang des Jahres. Das Wort Oxymoron kommt aus dem Griechischen und bedeutet übersetzt so viel wie „scharfsinnige Dummheit". Gemeint ist eine rhetorische Figur, die einen Widerspruch in sich darstellt. Während mit der GAP auf der einen Seite spezifische gesellschaftliche Ziele erreicht werden sollen, wird der Löwenanteil des Budgets immer noch in Form von Direktzahlungen pro Hektar ausgezahlt: Dieser Widerspruch macht eine zielorientierte Steuerung unmöglich. Damit verliert die GAP immer stärker an Akzeptanz und gleichzeitig auch schleichend finanzielle Mittel: Während der Anteil der GAP am EU-Haushalt in den 70er Jahren noch bis zu 80 Prozent betrug, liegt er heute bei knapp unter 40 Prozent – und soll mit der nächsten Reform weiter prozentual sinken. Dabei sind angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen bei Klima-, Umwelt- und Tierschutz dringend finanzielle Mittel nötig. So könnte der längst überfällige Umbau der Tierhaltung durch eine zielorientierte Agrarpolitik endlich angegangen werden (siehe PROVIEH-Magazin, Heft 03/2017).

Die Nachkriegszeit: Milchseen ersetzen Hungersnöte

Politik ist oft eine Antwort auf vorangegangene Probleme. So war auch die Gemeinsame Agrarpolitik zu Beginn von der Lebensmittelknappheit der Nachkriegsjahre geprägt. Die erste GAP trat im Juni 1962 in Kraft und sollte durch Ertragssteigerungen den Hunger in Europa beseitigen und die Einkommen der Landwirte stabilisieren. Garantierte Mindestpreise für Milch, Getreide und Fleisch sorgten für eine schnelle Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und für sichere Einkommen der Landwirte. Der gemeinsame Binnenmarkt der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde durch hohe Zölle an den Außengrenzen abgeschottet.

Quelle: Vorschlag der EU-Kommission, Juni 2018

Schnell zeigten die Instrumente Wirkung. Die Unterversorgung der 50er Jahre wurde schon bald durch eine Überproduktion ersetzt, was jedoch zu neuen Problemen führte. Um die Preise stabil zu halten, griff der Staat vehement ein und kaufte die Überschüsse auf. So entstanden die sogenannten Milchseen und Butterberge, die mithilfe von Exportsubventionen auf dem Weltmarkt verscherbelt wurden, dort wiederum Märkte zerstörten und hierzulande enorme Kosten verursachten.

Die Mac-Sharry-Reform brachte 1992 eine Kehrtwende. Die Agrarpolitik sollte „für den Weltmarkt fit gemacht werden" und wurde vehement liberalisiert – Zölle und Exportsubventionen mussten abgebaut werden, Preisgarantien wurden reduziert. Erstmalig wurde das Instrument der „Direktzahlungen" eingeführt, das die Gemeinsame Agrarpolitik bis heute prägt.

Die GAP bis heute: Kaum Tierschutz, dafür viel Geld für Großgrundbesitzer

Die Finanzierung der GAP stützt sich bis heute auf zwei Säulen, wobei 75 Prozent der Gelder in die 1. Säule fließen. Die Gelder der 1. Säule werden dabei überwiegend nach dem Gießkannenprinzip (viel Fläche = viel Geld) mittels Direktzahlungen an die Landwirte verteilt, ungeachtet dessen, was und wie auf diesen Flächen angebaut wird oder wie landwirtschaftliche Tiere gehalten werden. Dieses Prinzip führt dazu, dass in Deutschland ein Prozent der Betriebe (die großen Agrarbetriebe) über 20 Prozent aller Direktzahlungen erhalten.

Mit der letzten Reform 2013 wurden 30 Prozent dieser Direktzahlungen an die Einhaltung konkreter Umweltmaßnahmen („Greening") gekoppelt. So sind Betriebe mit mehr als 15 Hektar Ackerfläche zum Beispiel dazu verpflichtet, fünf Prozent ihrer Ackerfläche als sogenannte ökologische Vorrangflächen zu bewirtschaften, zum Beispiel durch das Errichten von Blühstreifen oder Hecken. Allerdings gilt das Greening als völlig unzureichend und ineffektiv: Da viele der Maßnahmen ohnehin von den meisten Landwirten durchgeführt werden, kommt es häufig zu reinen Mitnahmeeffekten, konkrete Tier- und Umweltschutzmaßnahmen werden hingegen kaum ergriffen.

Die mit nur 25 Prozent der Mittel ausgestattete, finanziell deutlich unbedeutendere 2. Säule umfasst gezielte Programme zur Förderung der ländlichen Entwicklung sowie zur Umsetzung von Klima-, Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen. Sie bietet großes Potential – gerade für die Finanzierung des längst überfälligen Umbaus der Tierhaltung – ist jedoch stark unterfinanziert und müsste dringend bei der nächsten Reform gestärkt werden.

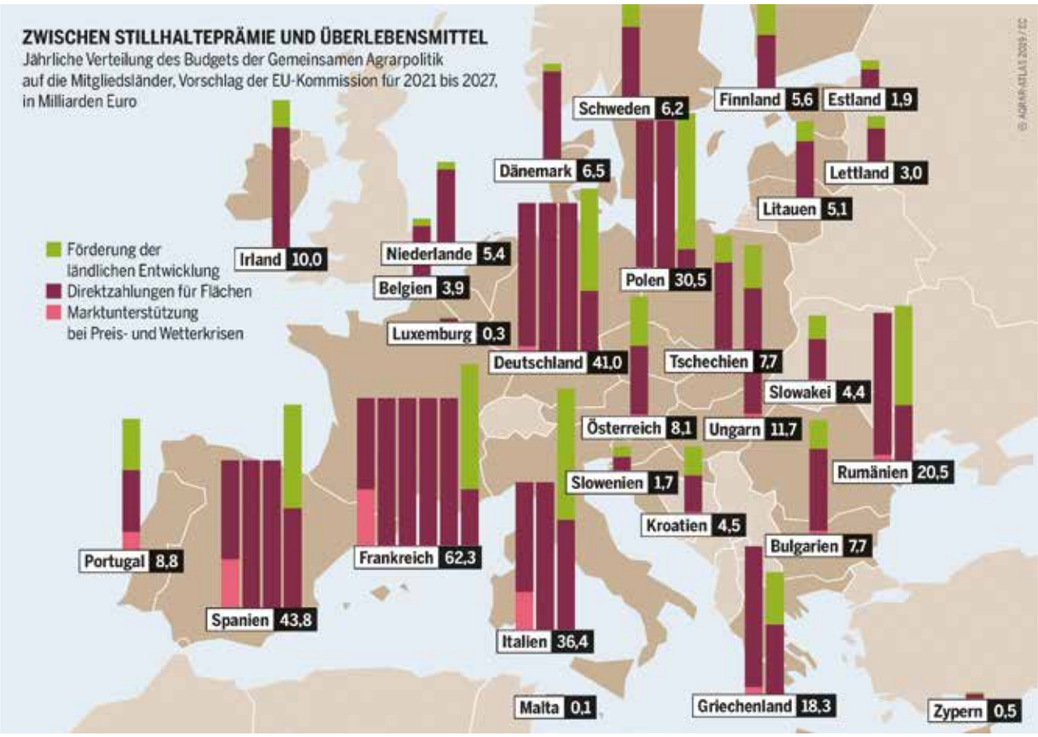
Die gemeinsame Agrarpolitik nach 2020: Was ist neu?

Alle sieben Jahre wird die GAP reformiert. Da die Laufzeit des aktuellen GAP-Programms im Jahr 2020 endet, hat die Europäische Kommission nach langwierigen Abstimmungsprozessen im Juni 2018 einen Reformvorschlag vorgelegt. Der Entwurf ist ernüchternd. Der weitaus größte Teil des GAP-Haushalts soll weiter nach dem Gießkannenprinzip nach Größe der Flächen und nicht als Honorierung für Umwelt- oder Tierschutzleistungen ausgegeben werden. Damit wird die Chance auf eine zukunftsgerichtete, nachhaltige Landwirtschaft vertan. Und das obwohl die künftige GAP auf neun wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele ausgerichtet sein soll, was ihrer „Multifunktionalität" entspricht, (siehe Grafik „Die 9 GAP Ziele").

Bei den neun Zielen ist der Tierschutz stark unterrepräsentiert. So schafft es der Begriff „Tierwohl" nicht einmal als eigenständiger Punkt auf die Liste der künftigen Ziele.

Insgesamt soll der prozentuale Anteil der GAP am EU-Budget weiter sinken. Beträgt er derzeit noch 38 Prozent, soll er bis 2027 auf 29 Prozent reduziert werden. Das große Problem: Es soll vor allem bei der 2. Säule – also bei der gezielten Förderung von landwirtschaftlichen Klima-, Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen gekürzt werden. Die Mittel der 1. Säule sollen weitestgehend erhalten bleiben.

Ein Lichtblick bietet die sogenannte Kappung: Zuwendungen sollen ab 60.000 Euro abgeschmolzen und mit 100.000 Euro pro Landwirt gedeckelt werden. Dies ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt, um eine gerechtere Verteilung der Gelder zu erzielen. Jedoch hat Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner in einer ersten Pressemitteilung bereits Widerspruch angekündigt und auch der Agrarausschuss des Europaparlaments hat bereits für ein Aufweichen der Kappung gestimmt. Ob und wie stark die Kappung erhalten bleibt,



Die Verteilung des Budgets unter den EU-Mitgliedsstaaten richtet sich vor allem nach der Historie und der landwirtschaftlich genutzten Fläche. So erhalten Frankreich, Spanien und Deutschland einen verhältnismäßig großen Anteil aus dem Topf der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Bei allen Mitgliedstaaten überwiegen die Direktzahlungen für Flächen stark (dunkelroter Balken).

Die 2. Säule, über die auch Tierwohlmaßnahmen gefördert werden können (grüner Balken) ist in allen Mitgliedsstaaten unterdurchschnittlich ausgestattet, allerdings mit regionalen Unterschieden. So lässt Österreich 44 Prozent seiner EU-Agrarmittel in die zweite Säule fließen, in Deutschland sind es derzeit um die 20 Prozent.

wird sich nach der Abstimmung im Plenum herausstellen, die erst nach der Europawahl stattfindet.

Die weiteren wesentlichen Änderungen kann man in zwei Punkten festhalten: Erstens wird die zentrale Steuerung auf EU-Ebene durch mehr Flexibilität und Eigenverantwortung bei den Mitgliedstaaten ersetzt (Renationalisierung) und zweitens wird ein neues Instrument eingeführt, das über die 1. Säule finanziert wird (Eco-Schemes).

Mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten oder „viel kann – nichts muss"

Durch die Divergenz der Mitgliedstaaten und den damit verbundenen unterschiedlichen Forderungen an die GAP war der Druck auf die EU stets groß – die Reform der GAP soll deshalb mehr Spielraum und Flexibilität für die Mitgliedstaaten bringen. Die EU-Kommission möchte sich künftig auf das Festsetzen von Rahmenbedingungen, der allgemeinen Oberziele und Mindestanforderungen, beschränken. Der Entwurf sieht vor, dass die Staaten künftig selbst GAP-Strategiepläne ausarbeiten. Bei der Wahl der Ziele sowie bei der Art der Umsetzung haben die Mitgliedsstaaten also weitestgehend freie Hand. Ebenfalls soll die Möglichkeit geschaffen werden, bis zu 32 Prozent des Budgets von der 1. in die 2. Säule umzuschichten (bisher sind es 15 Prozent). Ob dieser Spielraum genutzt wird, liegt jedoch auch in der Hand der Mitgliedstaaten.

Zusammengefasst lassen sich diese Vorschläge mit den Worten „viel kann – nichts muss" beschreiben. Bei ausreichend politischem Willen könnte immerhin ein guter Teil des Budgets gesellschaftliche Leistungen honorieren. Unter der derzeitigen politischen Konstellation in Deutschland bedeutet das jedoch nach aller Wahrscheinlichkeit, dass dieses Potential für eine zielgerichtetere Politik kaum genutzt werden wird. Denn schon heute stünde es Deutschland frei, bis zu 15 Prozent aus der 1. Säule in die 2. Säule umzuschichten, um damit höhere Leistungen an Umwelt- und Tierschutz gezielter zu honorieren. Die Bundesregierung ist jedoch leider weit davon entfernt, diese Spielräume zu nutzen. So blockierte sie sogar eine minimale Erhöhung der Umschichtung von 4,5 auf 6 Prozent, die im Bundesrat bereits beschlossen wurde.

Aus „Greening" werden „Eco-Schemes"

Das 2013 eingeführte und seitdem als wirkungslos kritisierte Greening soll durch ein neues Instrument mit Potential ersetzt werden: die sogenannten „Eco-Schemes". Hierbei handelt es sich um ein Finanzierungsinstrument von kurzfristigen Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die von den Mitgliedstaaten angeboten werden müssen – jedoch freiwillig für die Landwirte sind. Bis zu 30 Prozent sollen für diese Maßnahmen aus dem Budget der 1. Säule (!) bereitgestellt werden.

Diese Eco-Schemes bieten durchaus eine Chance, die aus der 1. Säule finanzierten Direktzahlungen eher im Sinne des Grundsatzes „öffentliches Geld für öffentliche Leistung" einzusetzen. Bisher sind Umwelt- und Tierschutz nur über die viel zu schwache 2. Säule finanzierbar. Es ist zwar noch unklar, inwieweit Maßnahmen für eine bessere Tierhaltung über die Eco-Schemes finanziert werden können, allerdings hat der Agrarausschuss im Europaparlament zumindest für eine solche Öffnung gestimmt. Somit bieten die Eco-Schemes einen Hoffnungsschimmer: Erstmals könnten „Tierwohl"-Maßnahmen über die 1. Säule finanziert werden.

Getrübt werden diese Aussichten jedoch durch die geplante Freiwilligkeit. Erstens können die Mitgliedstaaten aus den Maßnahmen frei wählen und zweitens sind sie für keinen Landwirt verpflichtend. Bisher steht außerdem noch in den Sternen, wieviel Prozent der Direktzahlungen diese Maßnahmen wirklich betragen werden (der Agrarausschuss stimmte zuletzt für lediglich 20 Prozent).

Von zentraler Bedeutung für die Wirksamkeit der Eco-Schemes sind deshalb Mindeststandards der Maßnahmen, die Öffnung für „Tierwohl"-Maßnahmen sowie festgelegte Mindestbudgets, die außerdem sukzessive gesteigert werden sollten, um damit den längst überfälligen Umbau der Landwirtschaft anzustoßen.

Die Mitgliedstaaten sind in der Verantwortung – Deutschland muss Vorreiter werden

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union stellt eine der größten und wichtigsten Ausgabenposten der Europäischen Union dar. Da sich die GAP zur Gänze aus Steuergeld finanziert, muss die Politik den Rahmen so setzen, dass das unternehmerische Handeln der Landwirte gleichzeitig dem Gemeinwohl dient.

Der Reformvorschlag für die neue Agrarpolitik ab 2020 bietet sehr viel Spielraum für die Mitgliedsstaaten. Wer viel entscheiden darf, trägt aber auch eine große Verantwortung. Deutschland und das Bundeslandwirtschaftsministerium müssen sich dieser Verantwortung bewusst werden und eine Vorreiterrolle übernehmen. Hierfür ist ein Umdenken weg von der Kostenführerschaft hin zu einer Qualitätsführerschaft in der landwirtschaftlichen Produktion notwendig.

Der von Ministerin Klöckner angekündigte Widerspruch bei den Kappungsgrenzen zeigt jedoch, dass die Bundesregierung weiterhin auf Großbetriebe setzen will. Deutschland hat bisher seinen Spielraum bei der Förderung von Öko-Maßnahmen und Mittelumschichtung nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft. Daher kann auch in Zukunft davon ausgegangen werden, dass von der Möglichkeit der freiwilligen Umschichtung der Gelder von Direktzahlungen zu Umweltmaßnahmen kaum Gebrauch gemacht werden wird.

Die Bundesregierung sollte schon jetzt die möglichen Spielräume für gezielte Förderung nutzen und damit das Einkommensparadigma („Geld für arme Bauern") durch ein Leistungsparadigma („Ausgleich für Leistungen, die der Markt nicht honoriert") ersetzen. Die gesellschaftlichen Anforderungen werden weiter steigen und müssen finanziert werden. Wenn die Chance verpasst wird, die Gemeinsame Agrarpolitik positiv für den Umbau der Tierhaltung zu nutzen, wird die sinkende Akzeptanz zu einem gänzlichen Niedergang der GAP führen.

Jasmin Zöllmer und Lukas Auer

Schweine werden betäubungslos kastriert

2008: Düsseldorfer Erklärung – Jungebermast wird als Ziel festgelegt.

2009: EU-Kommission wird auf Entwicklungen in Deutschland und den Niederlanden aufmerksam.

2010: Brüsseler Erklärung – Schmerzbehandlung für kastrierte Eber ist ab 2012 verpflichtend.

2013: Verabschiedung der Tierschutznovelle: Die betäubungslose Ferkelkastration soll in Deutschland ab 2019 verboten werden.

22. August: Bayerns Minister Markus Söder versucht eine fünfjährige Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration zu erwirken. Er bringt einen Antrag zur Änderung des Tierschutzgesetzes im Bundesrat ein.

Weitere Bundesländer fordern in Anträgen eine Verlängerung der gängigen Praxis, scheitern aber ebenfalls an der Entscheidung des Bundesrates.

Der Bauernverband und andere Interessenvertreter fordern eine Fristverlängerung. Ihre Begründung: Es gäbe keine praktikablen Lösungen.

September: Fraktionsinitiative der CDU/CSU. Der Bundestag soll über eine Firstverlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration abstimmen.

10. Oktober: Ergebnis des Fachgespräches der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen: „Die Fristverlängerung ist verfassungswidrig."

CDU/CSU braucht für den Erfolg ihrer Initiative eine Mehrheit im Bundestag, die durch die SPD sichergestellt werden soll.

6. November: Die Mehrheit der SPD-Mitglieder entscheidet sich für die Initiative der CDU/CSU.

26. November: Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

27. November: Bundesministerin Julia Klöckner ruft den „Ferkelgipfel" mit Vertretern der Agrar- und Fleischindustrie ein. Vertreter aus Tier- und Verbraucherschutz sowie die Presse sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

29. November: Bundestag stimmt für eine Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration um zwei Jahre bis 2021.

14. Dezember: Der Bundesrat findet keine Mehrheit gegen die Verlängerung der Übergangsfrist. Der Beschluss ist nun rechtskräftig.

PRO**VIEH** beginnt Kampagne „Echte Kerle statt Kastraten!"

2008: PRO**VIEH** arbeitet gemeinsam mit Vertretern der Fleischbranche an der Beseitigung von Hindernissen, die den Umstieg auf die Mast unkastrierter männlicher Schweine (Jungeber) im Weg stehen.

2009: PROVIEH Kampagne ist erfolgreich: McDonalds und Burger King steigen ab 2011 aus dem Verkauf von Kastratenfleisch aus (PROVIEH Postkarten-Aktion „Kastratenburger – Schluss damit!")

PRO**VIEH** erarbeitet zusammen mit allen Interessenvertretern die Brüsseler Erklärung.

PRO**VIEH** führt viele intensive Gespräche mit Vertretern des Handels und kann wichtige Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels dazu bewegen, den Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration schon früher einzuleiten.

REWE und ALDI Süd verkaufen **ab Januar 2017** kein Fleisch von unbetäubt kastrierten Schweinen mehr.

2018

PRO**VIEH** appelliert mit einem persönlichen Schreiben und einer E-Mail Aktion an die Mitglieder des Bundesrates für ein fristgerechtes Ende dieser schmerzhaften Prozedur.

21. September: Erfolg! Bayerns Initiatve wird im Bundesrat abgelehnt.

PRO**VIEH** und andere Organisationen zeigen in Gesprächen mit Politik und Handel sowie in Zeitungsartikeln unermüdlich praxistaugliche Alternativen auf.

Auf der EURO TIER spricht sich PRO**VIEH** auf einer Podiumsdiskussion erneut für die Ebermast mit und ohne Eberimpfung aus.

PRO**VIEH** positioniert sich mit weiteren Tierschutzverbänden in einer öffentlichen Pressemitteilung gegen die geplante Fristverlängerung. Es folgen hitzige Debatten, öffentliche Fachgespräche und weitere Zeitungsartikel.

5. November: PRO**VIEH** initiiert einen Offenen Brief an alle SPD Abgeordneten, der von einem breiten Verbände-Bündnis getragen wird. Eine gemeinsame Pressemitteilung zeigt noch einmal die praxistauglichen Alternativen auf.

25. November: PRO**VIEH** demonstiert gemeinsam mit anderen Tierschutzvereinen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern gegen die betäubungslose Ferkelkastration.

PRO**VIEH** führt intensive Gespräche mit Handel und Landwirtschaft. 90 Prozent des Handels bekennen sich zur Ebermast mit und ohne Eberimpfung.

14. Dezember: PRO**VIEH** unterstützt abermals eine Demonstration. Der Bundesrat könnte noch einmal Einspruch erheben.

PRO**VIEH** bleibt dran

Der lange Weg bis zum Ende der betäubungslosen Ferkelkastration

Jahrzehntelang war es übliche Praxis, männlichen Ferkeln bei vollem Bewusstsein und ohne Schmerzausschaltung die Hoden zu entfernen. PROVIEH fordert daher schon seit mehr als 12 Jahren das Ende der betäubungslosen Ferkelkastration und setzt sich bereits seit 2008 für die Mast von Ebern ein. Der Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration wurde dann 2013 im Tierschutzgesetz beschlossen. Mit einer Ausnahmeregelung wurde eine Übergangszeit bis zum 31.12.2018 erlaubt. Am Ende dieser Frist bestand kein Zweifel. Im Jahr 2016 beteuerte die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linken noch, der Ausstieg aus der betäubungslosen Kastration stehe für 2019 nicht in Frage und sei definitiv.

In der Schweinhaltung kaum zu finden: unversehrte Ferkel. In Deutschland werden jedes Jahr etwa 20 Millionen männliche Ferkel wenige Tage nach der Geburt ohne Betäubung kastriert.

Dann kam alles anders. Dem Einsatz der Agrarlobby und dem Politikversagen der großen Koalition ist es geschuldet, dass die Übergangsfrist verlängert wurde und bis zum Jahre 2021 zwanzig Millionen Ferkel weiterhin jedes Jahr ohne jegliche Betäubung in Deutschland kastriert werden dürfen. Und das, obwohl PROVIEH zusammen mit der Schlachtbranche und dem Lebensmittelhandel bereits vor über zehn Jahren praxistaugliche Alternativen, wie die Ebermast, im Markt etablieren konnte. Unserem Engagement ist es zu verdanken, dass heute ein nicht unerheblicher Teil Eber gemästet werden. Ihnen bleibt die schmerzhafte Kastration erspart. Unser Ziel ist es, dass die Branche gänzlich auf die Kastration männlicher Ferkel verzichtet. Denn auch unter Betäubung oder Narkose bleibt die Kastration ein unnötiger und schmerzhafter Eingriff am Tier.

In unserem Zeitstrahl haben wir einige wichtige Ereignisse zusammengefasst. Unzählige weitere Maßnahmen und Aktionen, wie die Teilnahme an Bundes- und Ländertreffen, unser Einsatz in den Arbeitsgruppen der Runden Tische für Tierschutz in mehreren Bundesländern und die vielen Treffen und Einzelgespräche mit Vertretern aus Politik und Handel sind hierbei nicht einmal erwähnt.

Der Zeitstrahl „Ferkelkastration" zeigt auf, wie langsam und träge sich die Politik bewegt und am Ende doch keine zufriedenstellende und tierschutzgerechte Lösung zur Hand hat. Man mag sich gar

Die PROVIEH Postkarten-Aktion „Kastratenburger – Schluss damit!" aus dem Jahr 2009

Über 20 Millionen Ferkel werden jährlich in Deutschland kastriert

nicht vorstellen, welchen Ausgang die aktuelle Debatte um die Ferkelkastration ohne die hartnäckigen Forderungen von uns Tierschutzverbänden genommen hätte.

Verabschiedung der Tierschutznovelle in 2013

Mit Inkrafttreten des geänderten Tierschutzgesetzes wurde 2013 die betäubungslose Ferkelkastration (eigentlich) mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren verboten.

Nach Prüfung aller zur Verfügung stehenden Alternativen entschloss sich PROVIEH bereits 2008 die Etablierung der Ebermast voranzutreiben – unter dem Aspekt der Unversehrtheit sicherlich die beste Lösung. Mit unserer PROVIEH-Kampagne „Kastratenburger? Schluss damit!" erreichten wir bei McDonald's und Burger King im Juli 2009 innerhalb von drei Tagen den Ausstieg aus dem Verkauf von Kastratenfleisch zum 1. Januar 2011.

PROVIEH arbeitet bereits seit Sommer 2008 gemeinsam mit Vertretern der Fleischbranche an der Beseitigung von Hindernissen, die dem Umstieg auf die Mast unkastrierter männlicher Schweine (Jungeber) im Wege stehen. Noch im September 2008 verabschiedeten der Deutsche Bauernverband (DBV), der Verband der Deutschen Fleischwirtschaft (VDF) und der Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) die sogenannte „Düsseldorfer Erklärung", in der die Jungebermast als Ziel festgelegt wird, wenn auch ohne Fristsetzung.

2009 wurde auch die EU-Kommission auf die Entwicklungen in Deutschland und den Niederlanden aufmerksam, weil sie für einen einheitlichen Binnenmarkt sorgen muss und in einigen Ländern der Verkauf von Jungeberfleisch gesetzlich verboten war (zum Beispiel Frankreich). Sie organisierte Workshops mit allen Interessenvertretern, darunter PROVIEH, die im Dezember 2010 in der „Brüsseler Erklärung" mündeten, an der PROVIEH mitwirkte. Darin wurde eine Schmerzbehandlung verpflichtend ab 2012 festgelegt. Die gänzliche Abschaffung der betäubungslosen chirurgischen Ferkelkastration ist ab dem 01. Januar 2019 vorgesehen.

Dank der unermüdlichen Kampagne von PROVIEH und der Verabschiedung der Tierschutzgesetzesnovelle, die eine betäubungslose Ferkelkastration in Deutschland ab 2019 verbietet – konnten wir wichtige Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels dazu bewegen, den Ausstieg schon früher einzuleiten.

So gaben unter anderem REWE und ALDI Süd nach intensivem Austausch mit PROVIEH im Frühjahr 2016 öffentlich bekannt, dass sie ab Januar 2017 kein Fleisch von unbetäubten, kastrierten Schweinen mehr verkaufen werden. Sie bekannten sich dabei ausdrücklich auch zur Vermarktung von Jungeberfleisch. Ihre Fleischlieferanten mussten also bereits seit Mitte 2016 auf die betäubungslose Kastration verzichten.

Leider blieb eine flächendeckende Rückendeckung zum Verzicht der Ferkelkastration aus den Reihen des Lebensmitteleinzelhandels aus. In einem Schreiben an alle Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen forderten wir die Unterstützung beim Verzicht auf die Ferkelkastration ein. Es folgten viele intensive Gespräche mit Vertretern des Handels.

Kampf gegen die Fristverlängerung

Fünf Jahre lang wurde der Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration weitestgehend verdrängt. Im Jahr 2018 dann wurden die Stimmen aus Agrarlobby und Politik auf einmal sehr laut.

Als erstes Bundesland versuchte Bayern unter Minister Markus Söder eine fünf-jährige Verlängerung der betäubungslosen Kastration zu erwirken. Hierzu brachte Söder am 22. August 2018 einen Antrag zur Änderung des Tierschutzgesetzes im Bundesrat ein.

PROVIEH versucht sofort gegenzusteuern: Wir appellierten an die Mitglieder des Bundesrats und baten sie in einem persönlichen Schreiben für ein fristgerechtes Ende dieser schmerzhaften und unnötigen Prozedur.

In einer deutschlandweiten E-Mail Aktion forderten PROVIEH-Mitglieder und Newsletter-Empfänger die Minister ihrer Bundesländer dazu auf, gegen die Fristverlängerung zu agieren. Mit Erfolg! Bayerns Initiative wurde am 21. September 2018 im Bundesrat abgelehnt. Weitere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Niedersachsen forderten in Anträgen Verlängerungen der gängigen Praxis, scheiterten aber ebenfalls an der Entscheidung des Bundesrates.

Der Bauernverband und andere Interessenvertreter machten sich trotz der rechtskräftigen Entscheidung des Bundesrates weiter für eine Fristverlängerung stark. Ihre Begründung: Es gäbe keine praktikablen Lösungen.

PROVIEH und andere Organisationen zeigten immer wieder die praxistauglichen Alternativen auf und drängten in Gesprächen mit Politik und Handel darauf, das Leid der Ferkel nicht weiter zu verlängern. Auch in einem Artikel der überregionalen Tageszeitung „taz" sprach sich PROVIEH für die Ebermast mit und ohne Eberimpfung aus.

Die Fristverlängerung wird in den Bundestag verlagert

Nach der Ablehnung der Verlängerung im Bundesrat im September 2018 nahm sich die CDU/CSU des Themas an: Sie kündigte eine sogenannte Fraktionsinitiative zur Änderung des Tierschutzgesetzes in puncto Fristverlängerung an – und der Koalitionspartner zog mit. Es wurde vereinbart, dass nun der Bundestag über eine Fristverlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration abstimmen soll.

Bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der EURO TIER sprach sich PROVIEH erneut für die Ebermast mit und ohne Eberimpfung aus, da den Tieren hierbei die schmerzhafte Kastration erspart bleibt.

Zum Welttierschutztag verurteilte PROVIEH zusammen mit anderen Tierschutzorganisationen die Fristverlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration und bezeichnete den Welttierschutztag in der gemeinsamen Pressemitteilung als „schwarzen Tag für den Tierschutz".

Es folgten hitzige Debatten in internen und öffentlichen Fachgesprächen. Insbesondere das Fachgespräch der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen am 10. Oktober 2018 "Betäubungslose Ferkelkastration – Wie wir den Ausstieg schaffen" brachte weitreichende Erkenntnisse: "Das Vorhaben ist verfassungswidrig!", so Rechtsexperte Prof. Dr. Jens Bülte in seinem Fazit. Seiner Einschätzung nach ist eine Verlängerung des Leides für die Ferkel nicht mit dem Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz zu vereinbaren. Eine Verlängerung der Übergangsfrist aus wirtschaftlichen Gründen entgegen dem Tierschutz ist somit verfassungswidrig.

PROVIEH positionierte sich am 24.10.2018 öffentlich mit weiteren Tierschutzverbänden in einer Stellungnahme gegen die geplante Fristverlängerung und kritisierte in einem Interview des Deutschlandfunks die von Bauernverband und Schlachtbranche geforderten Kastrationsmethoden.

In einer gemeinsamen Presseerklärung, die bei TopAgrar veröffentlich wurde, stimmten Naturland,

REWE und PROVIEH für den Einsatz der Eberimpfung, da die Tiere bei dieser Methode unversehrt bleiben.

PROVIEH plädierte in öffentlichen Zeitungsartikeln (Neue Osnabrücker Zeitung, Agrarzeitung) außerdem für den generellen Verzicht auf die chirurgische Kastration und stellte die Schlachtbranche an den Pranger, da hier die Akzeptanz für Kastrationsalternativen fehlt.

SPD stimmt am Tierschutz vorbei

Die CDU/CSU brauchte für den Erfolg ihrer Initiative eine Mehrheit im Bundestag, die durch den Koalitionspartner SPD sichergestellt werden sollte. PROVIEH initiierte deshalb am 5. November 2018 einen Offenen Brief an alle SPD-Abgeordneten, der von einem breiten Verbände-Bündnis aus Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz getragen wird. In dem Brief forderten die Organisationen die SPD-Abgeordneten auf, gegen die Fristverlängerung zu stimmen und die parteiinterne Linie auf den Tier- und Verfassungsschutz auszurichten.

Einzelne SPD-Abgeordnete versicherten, gegen die Initiative zu stimmen, die meisten jedoch waren in der großen Koalition und der Linie von Andrea Nahles als SPD-Fraktionsvorsitzende gefangen. So stimmte die Mehrheit der SPD-Mitglieder in der parteiinternen Entscheidung am 6. November für die Initiative der CDU/CSU, so dass einer Abstimmung im Bundestag nun nichts mehr im Wege stand.

Demonstration für die Ferkel

In einer öffentlichen Anhörung wurde das Thema Ferkelkastration erneut am 26. November im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft diskutiert.

Einen Tag zuvor demonstrierten PROVIEH und andere Tierschutzvereine sowie tierschutzinteressierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam gegen die betäubungslose Ferkelkastration. Renate Künast, tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen, kritisierte auf der Demonstration die geplante Verlängerung der betäubungslosen Kastration scharf und der tierschutzpolitsche Sprecher der Berliner Linken Michael Efler forderte Unterstützung für die Landwirte bei der Umstellung anstelle einer Fristverlängerung. PROVIEH appellierte noch einmal an die Teilnehmer der Demonstration, die Abgeordneten im Bundestag aufzufordern, gegen die Fristverlängerung zu stimmen.

Ferkelgipfel ohne Tierschutzvertreter

Am 27. November wurde ein "Ferkelgipfel" einberufen. Bundesministerin Julia Klöckner lud hierzu Vertreter der Agrar- und Fleischindustrie und des Handels ein. Vertreter aus dem Tier- oder Verbraucherschutz und die Presse waren von der Veranstaltung ausgeschlossen.

PROVIEH zog Konsequenzen aus dem Verhalten der Ministerin und geht neue Wege. PROVIEH führte intensive Gespräche mit Handel und Landwirtschaft. Nun bekennen sich 90 Prozent des Handels zur Ebermast mit und ohne Eberimpfung. Dies hat Auswirkungen auf die Landwirte und die Schlachthofunternehmen. Sogar Vertreter des Bauernverbandes gaben nun öffentlich bekannt, dass sie auf die chirurgische Kastration verzichten wollen und einige wenige Unternehmen der Schlachtbranche kommunizierten, dass diese Tiere nun annehmen werden.

Bundestag stimmt für die Verlängerung bis 2021

Die finale Abstimmung zur Verlängerung der Übergangsfrist der betäubungslosen Ferkelkastration fand schließlich am 29. November 2018 in einer namentlichen Abstimmung statt. Die Mehrheit von CDU/CSU, SPD und AFD stimmten für die Initiative der CDU/CSU. Die FDP enthielt sich und die Parteien Bündnis 90/die Grünen und die Linke stimmten gegen eine Verlängerung. (Die detaillierten Wahlergebnisse können auf der Seite des Bundestages eingesehen werden.)

Mit dieser Entscheidung des Deutschen Bundestages wurde die Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration um zwei weitere Jahre ein rechtskräftiger Gesetzesbeschluss.

Ein letzter Hoffnungsschimmer nach der Bundestagsentscheidung bot der Bundesrat. Er hätte noch einmal Einspruch erheben und in der öffentlichen Sitzung am 14. Dezember 2018 ein Einspruchsgesetz gegen die Entscheidung des Bundestages erwirken können. PROVIEH unterstützte abermals eine Demonstration vor dem Sitzungsgebäude des Bundesrates, an der die Landwirtschaftsminister der Länder vorbeikommen. PROVIEH sprach unter anderem mit dem Berliner Justizsenator Dirk Behrendt über die bevorstehende Abstimmung, welcher nochmals vor dem versammelten Bundesrat an die Vernunft der Abgeordneten appellierte.

Dieser Empfehlung wurde jedoch nicht gefolgt: Der Bundesrat fand keine Mehrheit gegen die Verlängerung der Übergangsfrist. Die Entscheidung für die Verlängerung der betäubungslosen Kastration bis 2021 wurde damit am 14. Dezember 2018 rechtskräftig.

PROVIEH bleibt dran

Rückblickend hat die Fristverlängerung dazu geführt, Alternativen, die vorher weder vom Handel noch von der Landwirtschaft akzeptiert wurden, in den Fokus zu rücken und deren Akzeptanz zu erhöhen. Unsere Arbeit hat sich außerdem dahingehend ausgezahlt, dass die schmerzhafte Injektion von Lokalanästhetika in den Samenstrang der Ferkel nicht mehr als Alternative zur betäubungslosen Ferkelkastration gesehen wird. Das staatliche Tierwohllabel akzeptiert nur noch die Ebermast, die Immunokastration und die Kastration unter Narkose.

PROVIEH wird die Zeit bis zum Ende der Übergangsfrist nutzen, um noch einen Schritt weiterzugehen. Verbraucher, Landwirte und Handel sollten generell auf Produkte von kastrierten Tieren verzichten. Es gibt Alternativen, die einen chirurgischen Eingriff ausschließen. Diese gilt es weiter zu fördern.

Angela Dinter, Fachreferentin für Schweine

Jasmin Zöllmer, Fachreferentin für Agrarpolitik

Bild links: Angela Dinter im Gespräch mit dem agrarpolitischen Sprecher der Fraktion die GRÜNEN/EFA Martin Häusling im EU-Parlament in Brüssel

Bild rechts: Jasmin Zöllmer im Bundestag im Gespräch mit der Agrarpolitischen Sprecherin der Linken, Frau Dr. Kirsten Tackmann

Das vergessene Viertel – Milchkühe in Anbindehaltung

Die Anbindehaltung ist keine tierschutzgerechte Haltungsform. Die Tiere können ihren arteigenen Bedürnisse nach Bewegung und wählbaren Sozialkontakten nicht nachgehen.

Nach wie vor zieren Bilder von grasenden Kühen die Milchpackungen zahlreicher Molkereien. Dabei wissen wir, dass – trotz Weidemilchprogrammen – ein steigender Teil der rund vier Millionen deutschen Milchkühe nie eine Weide zu Gesicht bekommt. Zumindest haben diese Rinder dann einen mehr oder weniger modernen, mit Glück ausreichend großen Laufstall und mit noch mehr Glück vielleicht sogar einen kleinen Laufhof, um zumindest ein wenig Sonnenlicht zu tanken oder sich den Wind ums Flotzmaul wehen zu lassen.

Eine Stelle – ein Leben lang

Doch welcher Verbraucher weiß um das vergessene Viertel? Eben solche Kühe, die – meist in kleineren Betrieben – in Anbindehaltung leben müssen. Tatsächlich sind rund eine Millionen Tiere betroffen, also ein Viertel aller in Deutschland lebenden Milchkühe. Ein Teil dieser Tiere kommt zumindest in den Sommermonaten auf die Weide oder zeitweise auf einen Laufhof. Jedoch wurden nach einer Schätzung des Thünen Instituts 2010 rund 650.000 Kühe in ganzjähriger Anbindehaltung gehalten. Milchkühe in Anbindehaltung sind permanent fixiert. Sie fressen, urinieren, koten und schlafen an immer derselben begrenzten Stelle. Ebenso werden sie in der Regel dort besamt und bringen neun Monate später ihre Kälber – wieder an derselben Stelle – zur Welt. Diese Form der Tierhaltung widerspricht dem Tierwohl und ist in den Augen von PROVIEH für eine „moderne Industriegesellschaft“ untragbar. Was stimmt hier also nicht?

Die Politik steht still

Bereits im April 2016 hatte sich der Bundesrat auf Antrag des Landes Hessen für ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern in Deutschland ausgesprochen. Er stellte fest, dass im Sinne des § 2 des Tierschutzgesetzes die ganzjährige Anbindehaltung kein tiergerechtes Haltungssystem mehr darstellt und sah dafür ein gesetzliches Verbot – allerdings mit einer zwölfjährigen Übergangsfrist – als erforderlich an:

Die dauerhafte Anbindung von Rindern erlaubt den Tieren keine Möglichkeit zur Fortbewegung, erschwert das Abliegen und Aufstehen wegen der Fixierung und des meist geringen Platzangebotes und schränkt auch andere Grundbedürfnisse wie Komfortverhalten (z.B. Körperpflege, Thermoregulation), Erkundungsverhalten oder auch Sozialverhalten (z.B. Gruppenbildung) entweder ein oder verhindert die Ausübung gänzlich. Bei der Betrachtung der Tiergesundheit zeigt sich deutlich, dass bei Tieren im Laufstall bzw. mit Auslauf deutlich weniger Krankheiten wie z.B. Fruchtbarkeitsstörungen, Eutererkrankungen sowie Zitzenverletzungen auftreten. Mittlerweile bestätigen zwei Entscheidungen aus dem Jahr 2012 eines Verwaltungs- bzw. Oberverwaltungsgerichtes in Niedersachsen die Auffassung, „dass die Anbindehaltung auch für Milchkühe keine verhaltensgerechte Unterbringung im Sinne des § 2 Nummer 1 des Tierschutzgesetzes darstellt und zu einer mit Schmerzen verbundenen Beschränkung ihrer artgemäßen Bewegung im Sinne des § 2 Nummer 2 des Tierschutzgesetzes führt“.

Trotz dieser eindeutigen Entschließung steht eine Umsetzung im Bundestag bis heute aus.

Im Dezember 2018 war der Molkereiverein milch.bayern mit einem von den Molkereiverbänden aus Bayern und Baden-Württemberg unterzeichneten Strategiepapier (Gemeinsame Erklärung zur zukünftigen Ausrichtung der Milchviehhaltung in Bayern und Baden-Württemberg) an die Öffentlichkeit gegangen. Mit seiner Forderung nach einer Umstellung der ganzjährigen Anbindehaltung auf Laufstall- bzw. Kombinationshaltung bis 2030 orientiert er sich an der Forderung des Bundesrates.

Ein 2017 von der Bundesregierung (BMEL) in Auftrag gegebenes und Ende 2018 durch das Thünen Institut veröffentlichtes „Thünen Working Paper 111: Folgenabschätzung eines Verbots der ganzjährigen Anbindehaltung von Milchkühen“, zeigte auf, dass bei Berücksichtigung einer 10jährigen Übergangsfrist aufgrund des strukturellen Wandels 2027 noch 13.500 Betriebe mit rund 270.000 Milchkühen von einem Verbot betroffen wären. Diese Betriebe wären in der Regel dann kleinere, meist im Nebenerwerb wirtschaftende Höfe. Besonders hohe Anteile ganzjähriger Anbindehaltungen seien in Bayern und Baden-Württemberg zu finden.

Laut Thünen Institut könnten durch mögliche Fördermaßnahmen negative Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit aufgefangen werden. Diese Maßnahmen wie das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP), tierbezogene Weideprämien sowie Beratungsmaßnahmen ließen sich grundsätzlich mit den im Rahmen der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik zur Verfügung stehenden Mittel finanzieren. Bislang sieht die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hier keinen Handlungsbedarf.

Hoffnung zur Agrarministerkonferenz?

Zumindest konnte das „Thünen Working Paper 111“ auf der Agrarministerkonferenz (AMK) im April 2019 überzeugen. Laut Protokoll baten die Ministerinnen, Minister und Senatoren der Agrarressorts der Länder den Bund bis zur AMK im Herbst 2019 „um einen schriftlichen Bericht, welche Schlussfolgerungen er aus dem Thünen Working Paper 111 zur Folgenabschätzung eines Verbots der ganzjährigen Anbindehaltung von Milchkühen zieht und welche weiteren Schritte zur Umsetzung der Entschließung des Bundesrates zum Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern…vorgesehen sind“.

Fakt ist, dass bereits weit mehr als zwei Jahre vergangen sind, seit der Bundesrat ganz klar die Notwendigkeit eines Verbotes signalisierte. Wertvolle Zeit verstreicht durch eine Verzögerung, die das Wohl von hunderttausenden von Milchkühen und zahlreichen Mastrindern zu verantworten hat.

Kathrin Kofent

INFOBOX

PROVIEH e.V. forderte 2016 vom Gesetzgeber, die Haltung von Milchkühen in Deutschland gesetzlich zu regeln. Hierfür wurde ein Entwurf für eine Haltungsverordnung erstellt, der neben konkreten Haltungsvorgaben auch tierbezogene Indikatoren und einen Sachkundenachweis für Landwirte beinhaltet. Die Bundesregierung sah keinen Anlass die gesetzlichen Verordnungen im Bereich der Milchvieh- und Mastrinderhaltung zu erweitern. Milchkühe und Mastrinder werden bislang in der Tierschutznutztierhaltungsverordnung nicht berücksichtigt und sollen es auch zukünftig nicht.

PROVIEH KAMPAGNE

Tiertransporte und Verbraucherverhalten: Wie hängt das zusammen?

Die Zahl der Tiertransporte in Drittländer steigt stetig an. Statt Jungbullen zur Schlachtung, werden heute vorwiegend Färsen und Milchkühe in Drittländer verbracht. Um dort noch abzukalben, gemolken und dann geschlachtet zu werden. Sowohl Transport als auch Haltung und Schlachtung sind selten mit unserem Verständnis für Tierschutz zu vereinbaren.

Doch wie können wir als Tierschützer und Verbraucher hier gegensteuern?

Der Zusammenhang zwischen Tiertransporten in Drittländer und unserem Milchproduktekonsum ist auf den ersten Blick nicht erkennbar und tatsächlich sind unsere Möglichkeiten hier einzuwirken, beschränkt. Wir produzieren in Deutschland weit mehr Milch als wir selbst brauchen. Daher werden auch diese Produkte exportiert und müssen sich somit am Weltmarktpreis orientieren. Weltmarktpreis und die Überproduktion drücken den Milchpreis. Dies kompensieren die Landwirte mit mehr Kühen, mehr Milchleitung und somit mit mehr Kälbern. Beispiel: Wenn die Milchbauern mit der Hälfte der Tiere ihr Auskommen bestreiten könnten, hätten wir auch nur halb so viele Kälber pro Jahr. Der Weltmarktpreis reicht bei weitem nicht aus, um die Unkosten des Milchbauern zu decken. Er bekommt von den Molkereien etwas mehr als 30 Cent pro Liter, müsste aber mindestens 50 Cent erhalten, um halbwegs gut über die Runden zu kommen. Um seine Tiere artgemäß zu halten und zu füttern und um auch die Kälber bei ihren Müttern lassen zu können, reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus.

Konventionelle Betriebe versuchen daher häufig durch steigende Tierzahlen und Hochleistung ihre Bilanz zu verbessern.

Ein Euro mehr für den Tierschutz

Artgemäße und nachhaltig erzeugte Milch kostet etwa einen Euro pro Liter mehr. Anders als bei Fleischerzeugnissen aus artgemäßer Haltung ist die Preisdifferenz bei der Milch nur gering. Aber auch hier scheint die Verlockung zum Kauf des Billigangebotes groß zu sein.

Auch fehlt das flächendeckende Angebot von artgemäß erzeugter Milch.

Wir arbeiten dran

Tiertransporte in Drittländer müssen aufhören. Dies erreichen wir nur durch ein Umdenken in der Milchviehhaltung. Die nachhaltige und tiergerechte Erzeugung von Milchprodukten setzt eine Abkehr der einseitigen Hochleistungsrassen voraus. Milchkühe der Rasse Holstein-Friesian gelten in Fachkreisen sogar als Qualzucht. Eine Rückbesinnung auf Rinderrassen, die zwar weniger Milch geben, dafür aber langlebig, robust und leichtfuttrig sind, muss das Ziel sein.

Dies setzt voraus, dass wir alle bereit sind, mehr als das Doppelte für einen Liter Milch zu zahlen.

Wir zählen auf Sie!

Angela Dinter und
Stefanie Pöpken

Tiertransporte in Hochrisikostaaten:

Zur Strafbarkeit von Tierärzten wegen Beihilfe zur Tierquälerei durch Mitwirkung an Tiertransporten in tierschutzrechtliche Hochrisikostaaten

Prof. Dr. Jens Bülte

Ein Interview mit Prof. Dr. Jens Bülte

Prof. Dr. Jens Bülte ist Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im deutschen und europäischen Wirtschaftsstrafrecht.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Bülte: Seit Jahrzehnten werden eklatante Tierschutzverstöße beim Transport von Schlacht- und Zuchttieren insbesondere in bestimmte Drittstaaten dokumentiert. Sind landwirtschaftlich genutzte Tiere beim Transport durch das deutsche/europäische Recht ausreichend geschützt?

Würde man die Vorgaben der EU-Tiertransportverordnung konsequent durchsetzen, dann wären Tiere bei Transporten vor schweren Tierschutzverstößen wohl besser geschützt. Wichtiger wäre aber die Frage, welchen Sinn Tiertransporte über solche weiten Strecken überhaupt haben. Finanzielle Gründe allein rechtfertigen diese schwerwiegenden Eingriffe in den in EU-Recht und deutscher Verfassung verankerten Tierschutz natürlich nicht.

Nicht nur Schlachttiere werden nach einem strapaziösen Transport im Zielland geschlachtet, auch Zuchttiere werden früher oder später zu den vor Ort herrschenden Bedingungen getötet. Sind diese Schlachtpraktiken, insbesondere die Schlachtung ohne Betäubung, mit unserem Tierschutzgesetz vereinbar?

Das ist pauschal kaum zu beurteilen, aber man wird annehmen müssen, dass die Schlachtbedingungen insbesondere in vielen traditionellen Schlachtereien, in denen geschächtet wird, mit dem, was man in Europa unter tierschutzrechtlichen Mindeststandards versteht, nichts zu tun haben. Eine Studie über die Schlachtbedingungen im Iran, die im Februar 2019 im Journal of Applied Animal Welfare Science veröffentlicht wurde, macht das zumindest für diesen Staat deutlich.

Sie haben im März dieses Jahres eine Stellungnahme veröffentlicht, nach deren Auffassung deutsche Tierärzte „strafbare Beihilfe" zur Tierquälerei leisten, wenn sie an der Genehmigung, Abfertigung oder sonst an der Durchführung eines Transports in einen „tierschutzrechtlichen Hochrisikostaat" mitwirken. Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?

Nach deutschem Strafrecht leistet jeder objektiv Beihilfe zu einer Straftat, der in irgendeiner Weise an der vorsätzlichen rechtswidrigen Tat eines anderen mitwirkt. Ob er dem Einbrecher lange vor der Tat zeigt, wie man einen Schweißbrenner benutzt oder am Tatort die Leiter hält, ist grundsätzlich irrelevant. Es kommt nur darauf an, dass seine Handlung die Tat fördert und der Gehilfe zumindest die Möglichkeit erkennt und sich damit abfindet, dass er die Straftat unterstützt. Daher liegt es nahe, die Beihilfestrafbarkeit eines Amtsveterinärs zu erwägen, der einen Transport abfertigt oder eine notwendige Bescheinigung ausstellt, obwohl er um das hohe Risiko weiß, dass es bei dem Transport oder infolge des Transports zur Tierquälerei kommt.

„Niemand darf eine Tierbeförderung durchführen oder veranlassen, wenn den Tieren dabei Verletzungen oder unnötige Leiden zugefügt werden könnten." (Artikel 3, Europäische Tiertransportverordnung)

Was ist ein „tierschutzrechtlicher Hochrisikostaat"?

Unter einem Hochrisikostaat verstehe ich einen Staat, in dem das Risiko der tierquälerischen Haltung oder Behandlung von Tieren aufgrund von Berichten erfahrungsgemäß höher ist als in Deutschland. Von „Hochrisiko" spreche ich, weil es irreführend wäre, „nur" von Risikostaaten zu sprechen. Das würde implizieren, dass Haltung und Transport innerhalb der Europäischen Union regelmäßig ohne Rechtsverletzungen erfolgen, und das wäre unzutreffend.

Wann kommt eine sogenannte „Strafbarkeit" von deutschen Amtstierärzten in Betracht?

Eine tatsächliche Strafbarkeit – nicht nur sogenannte – kommt in Betracht, wenn der Tierarzt für einen Transport ins Ausland in Deutschland irgendeinen Beitrag leistet – zum Beispiel durch die Ausstellung eines Vorlaufattests oder die Abfertigung des Transports – obwohl er es für naheliegend hält, dass es bei dem Transport oder auch spä-

Bild links: Tierschutzverstöße, insbesondere auf langen Transportstrecken, sind seit Jahren immer wieder Gegenstand von Berichten und Dokumentationen und werden regelmäßig von Tierschutzorganisationen und tierärztlichen Verbänden angeprangert.

ter zu einer nach deutschem Recht strafbaren Tierquälerei kommt. Er macht dann mit seiner Handlung den Weg frei für den Transport in die strafbare Tierquälerei. Ob noch weitere Genehmigungen anderer Behörden eingeholt werden müssen, ist grundsätzlich nicht relevant, solange der Veterinär es für möglich hält, dass diese rechtswidrig erteilt werden.

Darauf, ob die Handlung am Tatort im Ausland nicht strafbar oder gar ausdrücklich erlaubt ist, wie etwa in manchen Staaten das Schlachten ohne Rücksicht auf die Schmerzen der Tiere, kommt es nicht an. Wenn die Handlung, wäre sie in Deutschland begangen worden, strafbar ist, dann darf der Tierarzt sie aus Deutschland nicht unterstützen. Es wäre ja auch widersinnig, wenn der deutsche Gesetzgeber entscheidet, Tierquälerei unter Strafe zu stellen, es dann aber zuließe, dass seine Amtsträger dieses sozialwidrige Verhalten im Ausland unterstützen.

In ihrer Stellungnahme sprechen Sie von einer „Solidarisierung" mit dem Täter und seiner Tat. Was meinen Sie damit?

Der Bundesgerichtshof hat die Strafbarkeit wegen Beihilfe eingeschränkt, um die Strafbarkeit nicht ausufern zu lassen: In bestimmten Fällen soll die Hilfeleistung in dem Wissen, dass man möglicherweise eine fremde Straftat unterstützt, nicht ausreichen. Hierbei geht es etwa um Fälle, in denen die Hilfe bei der Berufsausübung geleistet wird. Verkauft jemand im Baumarkt eine Leiter, dann ist das auch dann keine strafbare Beihilfe, wenn der Kunde damit später einen Einbruchdiebstahl begeht. Das gilt selbst dann, wenn der Verkäufer bei der Übergabe der Leiter gedacht hat, der Käufer sehe kriminell aus und wolle bestimmt irgendwo einsteigen.

Diese Einschränkung der Strafbarkeit ist notwendig, um die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und des Alltagslebens zu garantieren. Handlungen, die zu der Straftat grundsätzlich in keiner Beziehung stehen, also „neutral" sind, werden erst zur strafbaren Beihilfe, wenn durch das besondere Wissen des Gehilfen über die Tat eine spezifische Nähe zum Unrecht entsteht. Der Verkäufer kann also strafbar sein, wenn er weiß, dass der Käufer ein Berufseinbrecher ist oder gehört hat, wie er mit einem Komplizen die Tat besprochen hat. Wer in einem solchen Fall bewusst zur Tat eines anderen beiträgt, solidarisiert sich mit dem Täter und macht sich damit strafbar.

Vor diesem Hintergrund kam die Frage auf, ob die Abfertigung eines Tiertransports eine berufsneutrale Handlung sein könnte, also nur dann strafbar ist, wenn der Tierarzt Kenntnis von einer zumindest sehr hohen Wahrscheinlichkeit der drohenden Tierquälerei im Ausland hat. Ich halte das aber für nicht überzeugend. Das Veterinäramt hat als Gefahrenabwehrbehörde zu verhindern, dass durch die Tiertransporte oder in ihrer Folge den transportierten Tieren unnötiges Leid zugefügt wird. Daran wird der entscheidende Unterschied zu den vorgenannten Fällen deutlich: Der Tierarzt steht dem Leid der Tiere nicht neutral gegenüber, sondern hat sie durch seine Diensthandlungen vor Leid, Schmerz und Schaden durch Tiertransporte zu beschützen. Man würde ja schließlich auch nicht von einer berufsneutralen, sondern von einer strafbaren Beihilfe ausgehen, wenn ein Polizeibeamter bei einer Verkehrskontrolle ein Drogenpaket auf dem Rücksitz eines Autos mit der Begründung ignoriert, er gehöre nicht zur Drogenfahndung.

Wie kann ein deutscher Amtstierarzt sichergehen, dass er sich nicht strafbar macht?

Wenn ein Tierarzt erkennt, dass ein Transport mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine Tierquälerei führt, muss er jede Mitwirkung ablehnen. Er muss von seinem Remonstrationsrecht gegenüber seinen Vorgesetzten Gebrauch machen. Wenn diese ihn zur Mitwirkung anweisen, sollte er sich durch das Verwaltungsgericht zu dieser zwingen lassen. Denn die Anweisung des Vorgesetzten befreit den Beamten bei Straftaten nicht von der eigenen Verantwortlichkeit. Wenn das Gericht eine entsprechende Anordnung trifft, hat der Amtstierarzt sie aber letztlich zu befolgen.

Können sich auch andere am Transport beteiligte Personen strafbar machen?

Natürlich können sich auch alle anderen Personen, die an dem Transport beteiligt sind, strafbar machen. Ein Transporteur, der den Transport so organisiert, dass Tierleid nicht verhindert wird, kann sich als Täter wegen Tierquälerei strafbar machen. Ein Rechtsanwalt, der vor Gericht Genehmigungen oder ähnliches durchsetzt, obwohl er weiß, dass es auf dem Transport zu Tierquälereien kommen wird, kann sich wegen Beihilfe strafbar machen. Beim mitwirkenden Rechtsanwalt sind die Voraussetzungen an das Wissen jedoch hoch, denn er handelt grundsätzlich berufsneutral.

Für die Abfertigung eines Tiertransportes, der in Drittstaaten geht, sind im Wesentlichen zwei Schritte notwendig. In einem ersten Schritt wird ein Gesundheitszeugnis (sogenanntes Vorlaufattest) vom zuständigen Veterinär ausgestellt, das lediglich die Seuchenfreiheit der Tiere bescheinigt, allerdings Voraussetzung für den Transport zu einer Sammelstelle ist. Kann hier schon ein Straftatbestand der

Bild rechts: Oft fehlt auf den Langstreckentransporten eine ausreichende Versorgung der Tiere mit Wasser und Futter

Beihilfe entstehen? Oder ist dies erst beim zweiten Schritt (der Abfertigung des Transports von der Sammelstelle ins Ausland) der Fall?

Das Strafrecht trennt bei der Beihilfestrafbarkeit nicht zwischen einzelnen Vorstufen auf dem Weg zu einer Straftat. Es kommt nicht darauf an, ob nach der Hilfeleistung noch weitere Handlungen anderer Personen erforderlich sind, um die Tat zu begehen. Daher kommt auch die Erteilung des Vorlaufattests als strafbares Hilfeleisten in Betracht, denn dieses Attest ist eine notwendige Bedingung für die Straftat. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass der Transport von der für die Ausfuhr zuständigen Behörde nicht hätte abgefertigt werden dürfen. Denn wer ein Rechtsgut durch seine Diensthandlung zu beschützen hat, kann sich nicht darauf berufen, er müsse seine Pflicht nicht erfüllen, weil später noch eine weitere Prüfung vorgesehen ist.

Muss ein Amtstierarzt ein solches Vorlaufattest nicht ausstellen?

Ein Amtstierarzt, der es aufgrund von glaubhaften Informationen ernsthaft für möglich hält, dass es auf dem Transport oder später bei der Schlachtung im Empfängerstaat zu Tierquälereien kommen wird, darf das Attest nicht ausstellen.

In Schleswig-Holstein gab es hierzu einen konkreten Fall: Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hatte einen Rindertransport mit vorherigem Zwischenstopp in einer Sammelstelle in Niedersachsen nach Marokko verboten. Begründung: Es sei zu befürchten, dass der Weitertransport nach Marokko von den niedersächsischen Veterinärbehörden genehmigt werde und dass die Tiere dann sowohl während des langen Transports als auch in Marokko selbst tierschutzwidrig behandelt würden. Daraufhin klagte ein Rinderzuchtunternehmen. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig gab in seinem Beschluss dem Zuchtunternehmen Recht: Das Veterinäramt des Kreises Rendsburg-Eckernförde kann den Transport von Rindern zu einer Sammelstelle in Niedersachsen und darüber hinaus nach Marokko nicht aus tierschutzrechtlichen Gründen verbieten. Wie kommt es zu diesem Beschluss?

Man muss diese Rechtsprechung wohl als mittlerweile gefestigte Rechtsprechung bezeichnen, weil es einige solcher Beschlüsse aus verschiedenen Bundesländern gibt. Hintergrund dieser Rechtsprechung ist, dass einige Veterinärbehörden sich geweigert haben, Transporte in Drittländer abzufertigen. Um diese „unwilligen" Behörden zu umgehen, bringen die Transporteure die Tiere zu Sammelstellen in Landkreisen, die immer noch Transporte abfertigen. Für einen solchen Transport zur Sammelstelle benötigt man ein tierseuchenrechtliches Vorlaufattest. Manche Veterinärbehörden haben sich jedoch geweigert, diese Atteste auszustellen und das damit begründet, dass sie den illegalen Transporten in Drittländer nicht Vorschub leisten dürfen. Die Verwaltungsgerichte haben nun angeordnet, die Atteste auszustellen, weil sie nicht unmittelbar zum Transport in Drittländer führen und daher noch keine Gefahr eines quälerischen Transports drohe.

Was setzen Sie diesen Beschlüssen entgegen?

Zunächst leiden die Beschlüsse unter einem inneren Widerspruch: Wenn die Behörde glaubhaft machen kann, dass die Transporte, zu denen die Vorlaufatteste notwendig sind, mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Tierquälerei führen, was soll dann eine spätere Prüfung noch bringen? Warum sollte ein Unternehmer einen Anspruch auf eine Bescheinigung haben, die er nur zu einer illegalen Handlung verwenden kann? Hier wird die Veterinärbehörde gezwungen, eine Bescheinigung zu erteilen, obwohl sie genau weiß, dass der fragliche Transport nicht durchgeführt werden darf. Das Gericht zwingt die Behörde damit zur Mitwirkung an einer möglichen Tierquälerei, die diese Behörde gerade verhindern soll.

Wenn das Gericht zudem anmerkt, die Behörde habe bei dem Vorlaufattest nur das Tierseuchenrecht und nicht das Tierschutzrecht zu prüfen, dann ist das mit dem verfassungsrechtlichen Auftrag zum Tierschutz nicht vereinbar. Keine Behörde darf zu Tierquälerei Vorschub leisten. Genau dazu zwingen die Beschlüsse nun aber.

PROVIEH fordert einen gänzlichen Stopp aller Schlacht- und Zuchttiertransporte in Drittstaaten, da die europäischen Tierschutzstandards weder beim Transport noch bei der Schlachtung vor Ort gewährleistet werden können. Würden Sie diese Forderung aus juristischer Sicht stützen?

Soweit der Transporteur nicht durch ein engmaschiges und sicheres Netz an Überwachungsmaßnahmen ausnahmslos garantieren kann, dass alle europäischen Standards eingehalten werden können, ist diese Forderung zwingend.

Vielen Dank

Das Interview führte Jasmin Zöllmer

Wilde Schweine dieser Welt

Wenn wir an Schweine denken, entsteht vor unserem inneren Auge wahrscheinlich automatisch das Bild von rosa Schweinen. Sie sind bei uns am weitesten verbreitet, weil wir sie als „Nutz"tiere halten. Diese Hausschweine sind Hybriden und eine spezielle Züchtung des Menschen, die auf schnelles Wachstum und hohe Gewichtszunahme getrimmt ist. Rund um den Globus gibt es aber noch einige faszinierende Schweinerassen, die in Freiheit leben und sich nicht nur durch ihr Äußeres von unseren Zuchtschweinen unterscheiden.

Schweine sind Überlebenskünstler

Schweine sind extrem anpassungsfähig und kommen in vielen Regionen der Welt wunderbar zurecht. Sie haben sich zu unterschiedlichen Schweinearten entwickelt, die sich an ihren jeweiligen Lebensraum perfekt angepasst haben. Über die Welt verteilt gibt es knapp 20 wildlebende Arten von Schweinen. Wir finden sie in der klirrenden Kälte Sibiriens und der angenehmen Wärme der Karibik oder der feuchten Hitze von Tropenwäldern. Bis auf die Antarktis gibt es auf jedem Kontinent wildlebende Schweine. Einige davon sind aber nur in klar begrenzten Lebensräumen, wie zum Beispiel auf ganz bestimmten Inseln, zu finden.

Babirusa – Indonesien, Sulawesi (Asien)

Vor Millionen Jahren vom asiatischen Kontinent abgetrennt, entwickelte sich auf der indonesischen Insel Sulawesi unabhängig vom Rest der Welt eine endemische Schweineart mit einzigartigem Aussehen, die ausschließlich in den Regenwäldern dieser Insel zu finden ist: der Babirusa (Babyrousa), auch Hirscheber genannt.

Die graubraunen, leicht behaarten Körper der Babirusas sind rundlich mit relativ langen und dünnen Beinen. Ihr hervorstechendstes Merkmal sind die auffälligen Hauer der Eber, die bogenförmig durch den Oberkieferknochen und die Rüsseldecke hindurch wachsen. Bei den Weibchen sind die Zähne kürzer und wachsen nicht durch den Oberkiefer, sondern seitwärts und nach oben gewandt aus dem Maul heraus. Bei ausgewachsenen Ebern können die Hauer eine stattliche Länge von bis zu 30 Zenti-

Bild oben: Dieses schwimmende „Bahamas-Schwein" freut sich über Leckerbissen

Bild Seite 35: Der Babirusa hat gewaltige Hauer, die durch den Oberkiefer und die Rüsseldecke hindurchwachsen

Bild rechts: Das Zwergwildschwein – eines der gefährdetsten wilden Schweine

meter erreichen. Da die Männchen besonders in der Paarungszeit teilweise heftige Kämpfe austragen, trifft man auf Sulawesi auch häufig auf Hirscheber mit abgebrochenen Hauern.

Die ungewöhnlichen Hauer erschweren dem Hirscheber das schweinetypische Wühlen im Erdreich, weshalb er sich dabei auf lockeren Sand und Schlamm beschränkt. Sein Speiseplan besteht aus herabgefallenen Früchten, Blättern und Pflanzenteilen sowie Insekten und Würmern. Eine weitere Besonderheit des Hirschebers ist sein zahlenmäßig sehr überschaubarer Nachwuchs. Babirusas bekommen nur ein oder zwei Junge, während ihre schweinischen Verwandten in anderen Teilen der Welt weitaus mehr Ferkel je Wurf zur Welt bringen. Auf Sulawesi gibt es keine großen Landraubtiere und damit für den Hirscheber kaum natürliche Feinde.

Die Geschichte des Schweins ist eng mit der Entwicklung des Menschen verbunden. Das zeigt auch eine 35.000 Jahre alte Felszeichnung aus Indonesien: Diese weltweit wohl älteste Darstellung eines Tiermotivs zeigt ein Schwein.

Wildschweine (Europa, Asien)

Die Domestizierung des Schweins begann vor circa 10.000 Jahren. Vorfahre aller Hausschweinzüchtungen ist das Wildschwein (Sus scrofa), welches seit Jahrtausenden weit verbreitet ist. Es ist vor allem von Westeuropa bis Südostasien zu finden.

Wie bei allen wilden Schweinen leben die Keiler, die erwachsenen männlichen Tiere, meist allein oder schließen sich zu kleineren Gruppen zusammen. Die weiblichen Schweine, die Bachen, leben mit ihrem Nachwuchs zusammen und bilden Rotten aus verschiedenen Generationen, in denen festgelegte Rangordnungen bestehen. Ihre Jungtiere, die Frischlinge, werden ungefähr drei Monate von der Mutter gesäugt, bevor sie sich das Trinken langsam abgewöhnen müssen und ihnen andere Nahrung schmackhaft gemacht wird.

Wildschweine orientieren sich über den Geruch und ein großer Bereich ihres Gehirns ist für die Verarbeitung von Gerüchen reserviert. Ihre gute Nase hilft ihnen vor allem bei der Futtersuche, mit der sie den Großteil des Tages verbringen. Schweine sind Allesfresser und sie ernähren sich von Pflanzen, Wurzeln und Knollen. Sie mögen aber auch gerne Insektenlarven, Regenwürmer und Schnecken. Im Herbst spüren sie mithilfe ihrer guten Nase zuverlässig vom Baum gefallene Eicheln, ihre Leibspeise, auf.

Verlust von Lebensräumen

Wie viele andere Wildtiere sind auch die meisten wilden Schweinearten heutzutage vom Aussterben bedroht. Besonders problematisch ist ihr Überleben in Gebieten, die vom Menschen besiedelt werden. Der Verlust ihrer Lebensräume durch Bebauung der Flächen, landwirtschaftliche Nutzung oder die Aufforstung gefährdet ihre Existenz. Auch die unnachgiebige Bejagung ist ein großes Problem.

Eins der gefährdetsten wilden Schweine ist das kleinste von ihnen. Das Zwergwildschwein (Sus salvanius) wird nur 65 Zentimeter lang und rund neun Kilogramm schwer. Diese Art lebt nur noch in den hochgewachsenen dichten Grasländern des indischen Bundesstaats Assam. Die Nutzung als Weidefläche für Nutztiere oder zur Aufforstung sowie die Verwendung des Grases zum Hausbau ist ein gewaltiges Problem für die Zwergwildschweine. In Bangladesch, Bhutan und Nepal gelten Zwergwildschweine bereits als ausgestorben und auch in Indien hat der Verlust der Lebensräume die Art an den Rand des Aussterbens gebracht.

Verwilderte Hausschweine – Bahamas (Nordamerika)

Auf einer unbewohnten Karibikinsel der Bahamas leben Schweine an Traumstränden mit türkisblauem Wasser. Auf der Insel Big Major Cay schwimmen sie im Meer, als hätten sie nie etwas anderes getan. Es handelt sich bei ihnen aber nicht um eine eigene Wildschweineart, sondern um verwilderte

Bild rechts: Eine Zebramanguste befreit das Warzenschwein von Parasiten

Bild links: Das Pinselohrschwein hat von allen wilden Schweinen die auffälligste Färbung

Hausschweine. Einige Menschen erzählen sich, die schwimmenden Schweine wären Überlebende eines gesunkenen Piratenschiffs. Andere vermuten, dass sie dort von Seemännern als Nahrungsquelle ausgesetzt wurden. Wie auch immer sie auf die Insel gelangt sind, sie sind echte Überlebenskünstler und haben es geschafft, sich bestens an die neue Umgebung anzupassen.

Heute sind die Bahamas-Schweine eine Touristenattraktion. Sie schwimmen auf die Boote der Besucher zu, um sich von ihnen mit Äpfeln und anderen Leckerbissen füttern zu lassen. Hier dürfen Schweine von dem Menschen leben. (Die Menschen vor Ort und die Reiseunternehmen profitieren natürlich ebenfalls von den Besuchern, die sich eine Reise zu den schwimmenden Karibik-Schweinen einiges kosten lassen.)

Warzenschwein (Afrika)

Warzenschweine (Phacochoerus africanus) sind in weiten Teilen Afrikas beheimatet. Sie haben nicht nur besondere Strategien entwickelt, die ein Leben in der afrikanischen Savanne angenehm gestalten, sondern sich auch körperlich an die Umgebung angepasst, um ihr Überleben zu sichern. Neben ihrem wuchtigen Kopf mit den großen Hauern, der langen Nacken- und Rückenmähne sowie den namensgebenden Warzen fallen die Schweine vor allem durch ihre ungewöhnlich langen Beine auf. Die Länge der Beine und die daraus resultierende kniende Haltung zum Fressen des kurzen Savannen-Grases erscheint dem Beobachter zunächst eigenartig und unpraktisch. Aber dahinter steckt ein wichtiger Sinn: Es gibt in der Savanne kaum Verstecke für die Warzenschweine und große Räuber wie Löwen, Leoparden und Hyänen können überall lauern. Die langen Beine sind für die Tiere daher lebenswichtig und ermöglichen ihnen eine schnelle Flucht vor ihren Jägern. Auf der Flucht können sie über einen kurzen Zeitraum eine Geschwindigkeit von 50 Kilometern pro Stunde erreichen.

INFOBOX

Wilde Schweine und ihr Vorkommen

Wilde Schweine werden in Echte Schweine (Suidae) und Nabelschweine (Tayassuidae) unterteilt, wobei sich erstere nur in der sogenannten alten Welt (Asien, Afrika, Europa) finden. Die Nabelschweine bilden eine eigene Familie und finden sich nur in der neuen Welt (Amerika).

Echte Schweine:

Europa (und Asien)
- *Wildschwein*

Asien
- *Zwergwildschwein*
- *Bartschwein*
- *Palawan-Bartschwein*
- *Hirscheber (3 Arten)*
- *Pustelschweine (6 Arten)*

Afrika
- *Pinselohrschwein*
- *Buschschwein*
- *Riesenwaldschwein*
- *Warzenschwein*
- *Wüstenwarzenschwein*

Nabelschweine:

Amerika
- *Halsbandpekari*
- *Weißbartpekari*
- *Chaco-Pekari*

Wie alle Schweine suhlen sich auch Warzenschweine gerne im Schlamm. Dies dient der Abkühlung und auch der Köperhygiene. Die dicke Schlammschicht schützt die Tiere vor Parasiten und beim anschließenden Schubbern werden sie ungewollte Bewohner mit dem abgeriebenen trockenen Schlamm zusammen wieder los. In der Trockenzeit wird es für die Schweine ungemütlich, da die Schlammlöcher dann austrocknen. Deshalb haben sie eine andere Strategie entwickelt, um sich von den Parasiten zu befreien. Die Schweine bilden artübergreifende Zweckgemeinschaften mit Tieren, die sich von Insekten ernähren, beispielsweise mit den Zebramangusten. Die Warzenschweine signalisieren den Mangusten ihren Körperpflegewunsch, indem sie sich hinlegen. Die Mangusten nehmen die Einladung gerne an und bedienen sich am „Parasitenbüffet". Eine Win-Win-Situation: Die Zebramangusten fressen sich an den Zecken und Läusen der Warzenschweine satt und diese können ihr Leben nach der Hautpflege wieder rundum genießen.

Lebensfreude

Wenn wir die Lebensfreude und den Einfallsreichtum, die Eigenarten und Bedürfnisse der wilden Schweine betrachten, sollten wir die Millionen Zucht- und Mastschweine auf dieser Welt nicht vergessen, die ihr Dasein unter erbärmlichen Bedingungen fristen müssen. Auch diese Tiere verdienen es, ihre arteigenen Bedürfnisse auszuleben. Sie sollten Wühlen und Suhlen und einfach Schwein sein dürfen. Eine artgemäße Freilandhaltung von Schweinen in Gruppen oder Familienverbänden wäre dafür langfristig die optimale Lösung.

Sandra Lemmerz

„Das ist keine Vielfalt, das ist Einfalt."

Ein Gespräch über die moderne Nutztierzucht und warum wir eine intelligente Landwirtschaft brauchen

Prof. Dr. Dr. Kai Frölich ist Vorstand und Direktor des Arche Warder e.V. in Schleswig-Holstein. Als Biologe und Tiermediziner ist er für das Wohl der rund 1.200 Tiere in Europas größtem Tierpark für seltene und vom Aussterben bedrohte Haus- und Nutztierrassen verantwortlich.

Herr Professor Frölich, wozu brauche ich eine Vielfalt in der Tierzucht?

Um eine optimale extensive Landwirtschaft weltweit betreiben zu können, brauchen wir lokal angepasste Rassen. Wir müssen wissen das 70 Prozent der Betriebe weltweit kleine Betriebe sind und nicht vergleichbar mit den großen intensiven Anlagen, die wir hier antreffen. Die kleinen bäuerlichen Strukturen können natürlich am besten mit extensiver Landwirtschaft und den richtigen Rassen am richtigen Standort funktionieren.

Wir sollten uns teilweise von Hochleistungsrassen verabschieden, weil wir da zum Teil in eine tierschutzrelevante Sackgasse gekommen sind. Sprich „Wegwerfkuh": Wir verbrauchen quasi diese Tiere in ihrer Jugend, weil sich dann all die Nachteile dieser Haltung noch gar nicht physiologisch manifestieren. Ein junger Organismus kann eine suboptimale Haltungsumgebung und Hochleistungszucht viel besser abpuffern. Wenn ich die Tiere früh schlachte, kommen all diese Effekte, die durch die schlechte Haltung bedingt sind, noch gar nicht richtig zu Tage. Es wäre gar nicht möglich, diese Tiere deutlich länger, ohne erhebliche tierärztliche Kosten, am Leben zu erhalten.

Neue Zuchtkonzepte. Warum denn? Die Ernährung ist sicher gestellt, das läuft doch super!

Wir werden mit den natürlichen Ressourcen, die wir durch die derzeitige landwirtschaftliche Entwicklung verbrauchen, langfristig nicht auskommen. Wir verlieren global jährlich circa die Fläche der Bundesrepublik Deutschland an landwirtschaftlich nutzbarer Fläche. Von der weltweiten Landfläche können wir ungefähr nur ein Drittel überhaupt landwirtschaftlich nutzen. Wenn wir also jedes Jahr durch Erosion und Übernutzung die Fläche der Bundesrepublik verlieren, dann kann man sich schnell ausrechnen, wann mit der jetzigen Form der Landwirtschaft die Flächenressourcen erschöpft sind. Wir müssen diese Ressourcen nachhaltiger schonen und das klappt mit der jetzigen Landwirtschaft nicht gut.

Wer ist hier in der Pflicht?

Man muss gleichzeitig mehrere Dinge verändern. Man darf die Veränderungen aber nicht einseitig von den Landwirten verlangen. Sie müssen definitiv mitgenommen werden und dementsprechend einen finanziellen Ausgleich erhalten. Es müssen auch die ganz großen Gewinner ihren Beitrag leisten. Die derzeit größten Gewinner sind doch vor allen Dingen die, die auch ins Ausland exportieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns mittelfristig mit einer nachhaltigen, ökologischen und intelligenteren Landwirtschaft versorgen können, aber diese riesigen Gewinne durch die Exporte von billigst produzierten tierischen Lebensmitteln gibt es dann natürlich nicht mehr.

Es müssen also alle mit ins Boot. Dazu trägt ein großer gesellschaftlicher Konsens bei, der erst einmal geschaffen werden muss. Dieser beinhaltet u.a. die Erkenntnis, dass es so nicht weitergeht und wir eine Veränderung brauchen.

Eine Idee wäre ein Punktesystem für Landwirte, wie es zum Beispiel auch der ehemalige schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck vorgeschlagen hat. Dadurch werden besondere Leistungen eines Betriebes zu mehr Diversität, Gewässer- und Bodenschutz, um mal einige zu nennen, bewertet. Diese Punkte werden in einen festgelegten Ausgleich umgerechnet.

Wie beurteilen Sie die genetische Vielfalt bei unseren Nutztierrassen derzeit?

Eindeutig: Das ist nicht Vielfalt, das ist Einfalt. Meist befruchten sehr wenige männliche Tiere viele weibliche Tiere. Wenn man auf nur wenige Merkmale hin züchtet, dann braucht man eine ganz gezielte, hochprofessionelle Anpaarung über künstliche Befruchtung. Das führt dazu, dass die Vielfalt überhaupt nicht berücksichtigt wird, denn das will man auch gar nicht. Man will nur wenige Merkmale optimieren.

Und da kommen die Archen ins Spiel?

Genau, die Archen sollen gewährleisten, dass an verschiedenen Orten die Vielfalt der Rassen gehalten und im Idealfall auch gezüchtet und professionell vernetzt wird. Deswegen gibt es auch so viele beziehungsweise entstehen derzeit laufend neue Archen mit tollen Ansätzen. Wenn wir nur mit Hochleistungsrassen züchten, verlieren wir einen Teil unseres kulturellen Erbes.

Wo sehen Sie die konventionelle Nutztierzucht in 50 Jahren?

Das weiß natürlich niemand. Es ist

ja kein Zufall, dass zum Beispiel die Firma Lohmann derzeit an einem Zweinutzungshuhn arbeitet. Das macht die ja nicht, weil sie damit mehr Geld verdienen werden. Sie machen das, weil sie wissen, dass das Töten männlicher Küken gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wird.

Also muss die konventionelle Tierzucht auch aus gesellschaftlichen Gründen verändert werden. Die hohe Effizienz der derzeitigen Tierzucht verringert sich zwar, aber so werden die steigenden ethischen Anforderungen von der Gesellschaft berücksichtigt. Zucht und Haltung werden sich definitiv verändern. Die Tiere sind mittlerweile züchterisch an ihre physiologischen Grenzen gebracht worden. Nun gilt es umzudenken.

Nun noch eine persönliche Frage: Wenn Sie gedanklich durch Ihren Park wandern, welches ist Ihr Lieblingstier?

Mir ist das Turopolje-Schwein sehr ans Herz gewachsen. Wenn ich so überlege, glaube ich, dass wir in der Tierhaltung dem Schwein mit am meisten antun. Das ist ein hochsoziales Tier, das wirklich oft mit dem Rüssel im Erdreich sein will. Wenn dies dem Tier nicht zur Verfügung gestellt wird, dann ist dies nicht tiergerecht. Da reicht meiner Meinung nach auch kein Stroh aus. Das Schwein hat eine große Individualität. Es sind aufmerksame Tiere mit einem komplexen Sozialverhalten. Das sind einfach spannende und außergewöhnliche Lebewesen, die unseren Respekt verdienen!

Vielen Dank

Das Interview führte
Stefanie Pöpken

„Wir werden mit den natürlichen Ressourcen, die wir durch die derzeitige landwirtschaftliche Entwicklung verbrauchen, langfristig nicht auskommen."

Prof. Dr. Dr. Kai Frölich

Mein Weg zu den Nutztieren

Als Dorfkind bin ich neben Nutztieren groß geworden. Ich habe mich gefreut, die Kälber in den Iglus zu streicheln und wollte bevor es den Sonntagsbraten gab, noch die Schweine vom Wirt sehen, die in einem kleinen Stall im Hinterhof gehalten wurden.

Während meiner Schulzeit habe ich angefangen, nebenbei in einer Metzgerei auszuhelfen. Hier wurde ich das erste Mal mit frisch geschlachteten Tierkörpern konfrontiert, welche dort von der Decke hingen. Dieser Anblick hat mich weder geekelt noch abgeschreckt. Ich war interessiert daran, wie aus diesen großen Tieren die Produkte werden, welche gleich um die Ecke verkauft werden. In diesen Jahren konnte ich die gesamte Arbeitskette immer besser nachvollziehen und den Weg des Fleisches verfolgen.

Nachdem ich mit 16 meinen Realschulabschluss in der Tasche hatte, bin ich von meiner Heimat Bayern nach Schleswig-Holstein gezogen. In der Arche Warder – Europas größtem Haus und Nutztierpark für bedrohte Rassen – durfte ich meine Ausbildung zur Tierpflegerin beginnen.

Durch die enge Bindung, die mit der Zeit zu einigen Tieren entstand, habe ich begonnen mich mit deren Eigenschaften auseinander zu setzen. Nach und nach fing ich an, Tiere auf meinem Teller zu meiden – bis hin zum Veganismus.

Die Wesen, welche ich hinter der Nutztierfassade erleben durfte, haben mich nicht mehr losgelassen.

Es waren vor allem die Wege, die ich mit den Tieren zusammen gegangen bin, welche mich sehr geprägt haben. Von ihren ersten Atemzügen bis zu ihren letzten.

Erst in der Zeit nach meiner Ausbildung habe ich viele Situationen neu und anders reflektiert. Durch den Tod verschiedener, mir nahestehender, Tiere hat dieser viel mehr an Bedeutung gewonnen. Ich konnte beobachten, dass sie in den Momenten vor der Schlachtung ruhiger waren, sobald eine vertraute Person dabei war.

Ich wollte nie mit dem Finger auf jemanden zeigen und mich mit den Erkenntnissen, die ich gesammelt habe, über andere stellen. Allerdings konnte ich durch erzählte Erlebnisse viele Leute für dieses Thema sensibilisieren. Das Schwein, dessen Fleisch der Normalverbraucher nur aus dem Supermarkt kennt, hatte ein Gesicht und eine Geschichte, die ich erzählen möchte. Den Tieren, die mit und für uns Menschen leben, muss mit Respekt begegnet werden. Aus diesem Grund mache ich gerade ein Praktikum bei PROVIEH.

respek**tiere** leben.

Isabella Jaye

Die mobile Schlachtbox: Die kleine Alternative zum großen Schlachthof

Die Mobile Schlachtbox auf dem Biohof Siegel im Oberallgäu

Wer Fleisch verzehrt, muss das Töten von Tieren akzeptieren. Konventionelle Großschlachthöfe stehen in der Kritik. Doch es geht auch dezentral: Bauern im Allgäu und in Baden-Württemberg machen es mit der mobilen Schlachtbox vor.

Die Schlachthöfe werden immer größer und zentralisierter, auch deshalb haben Tiertransporte deutlich zugenommen. Die unzureichenden Tierschutzvorgaben und die mangelnde Kontrolldichte werden von allen Tierschutzorganisationen kritisiert.

Bei rationalisierten Schlachtbetrieben bleibt für eine Schlachtung nicht einmal eine Minute Zeit. Bei der Betäubung kommt es zu Fehlerquoten von 9 bis 12 Prozent. Hunderttausende Tiere werden also bei Bewusstsein gestochen und entblutet.

Transport und Schlachthofumgebung bedeuten für alle Tiere Stress und Angst. Dies gilt noch mehr für Weiderinder, die die meiste Zeit im Herdenverband im Freien leben.

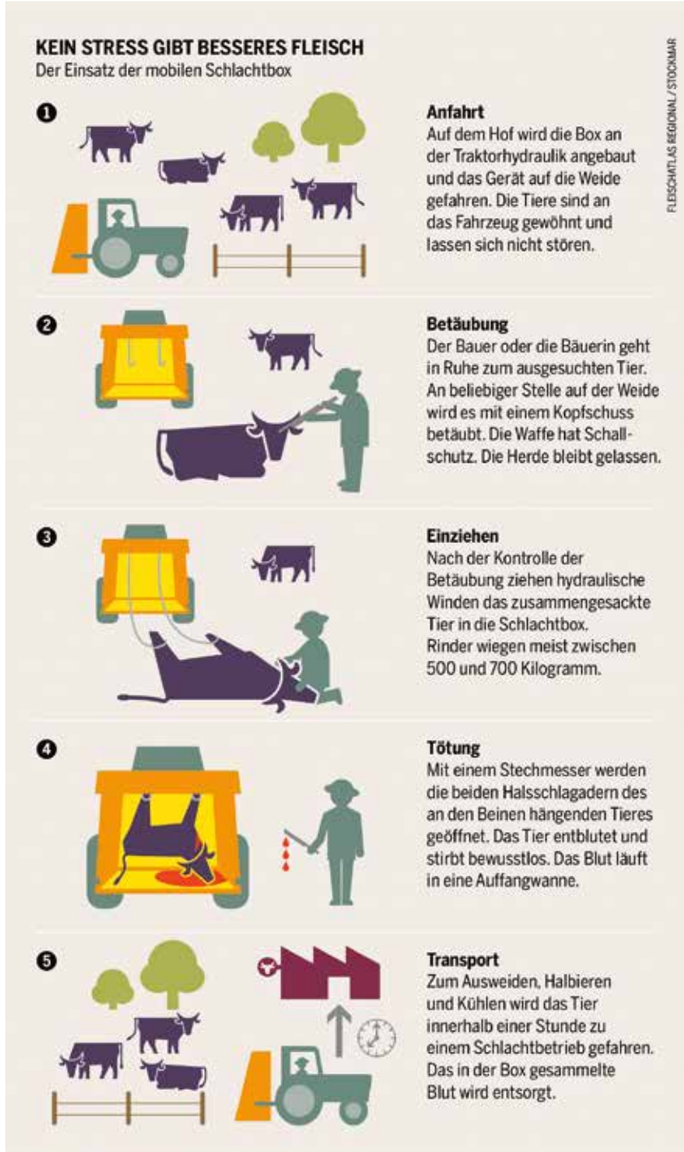
Hier setzt die mobile Schlachtbox von Ernst Hermann Maier (Uria e.V.) an. Sie soll es erlauben, schonend mit dem Tier umzugehen. Und ohne Ausschüttung von Stress- und Angsthormonen ist das Fleisch hochwertiger und bekömmlicher.

Die Schlachtbox ist der mobile Teil einer EU-zugelassenen Schlachtstätte. Sie ist hinten an der Traktorhydraulik angebaut. Das Schlachttier wird in seiner gewohnten Umgebung, auf der Weide, mit einem Kopfschuss betäubt, der um ein Vielfaches stärker und präziser wirkt als der sonst übliche Bolzenschuss. Die Herdenmitglieder reagieren auf den Schuss mit schallgedämpfter Kugel-Langwaffe kaum oder gar nicht. Durch den Schuss sackt das Tier bewusstlos zusammen und wird nach Kontrolle der Vitalzeichen mittels hydraulischer Winden in die Schlachtbox gehoben. Mit einem Stechmesser werden anschließend die beiden Halsschlagadern geöffnet. Der Transport zum Verarbeitungsbetrieb erfolgt in der geschlossenen Box innerhalb einer Stunde.

Nach mehr als 20 Jahren Tüfteln und vielen Auseinandersetzungen mit den Behörden hat Herr Maier die Zulassung für sein Verfahren erhalten.

Ganzjährig im Freien gehaltene Rinder dürfen seit 2011 auf der Weide geschlachtet werden (§ 12 Tier-LMHV). Jedoch muss dies genehmigt werden und offiziell muss der Tierarzt anwesend sein. Mit der mobilen Schlachtbox könnten auch andere Rinder auf dem Hof und unter Beachtung der für jede gewerbliche Schlachtung gültigen Verordnungen betäubt und getötet werden.

Für viele Fachbehörden ist dies allerdings Neuland und es ist noch viel Überzeugungsarbeit notwendig. Unterstützung erfährt diese Schlachtung ohne Lebendtiertransport nun auch von der Politik. Der neue Bayerische Koalitionsvertrag vermerkt ausdrücklich, dass künftig diese Alternativen gefördert werden sollen.



Die mobile Schlachtbox soll keine Konkurrenz zu regionalen Schlachtbetrieben sein, die tierschutzkonform arbeiten, sondern solche Betriebe ergänzen und stärken. Deshalb unterstützt auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)-Bayern das Projekt. „Unsere Tiere haben das Recht, dass sie bis zur letzten Sekunde würdevoll behandelt werden" so Herbert Siegel, Regionalsprecher der AbL-Allgäu und im Vorstand des Schlachtvereins Weitnau-Missen-Buchenberg. Der Biobauer aus dem Oberallgäu hat als erster in Bayern bei Ernst Hermann Maier eine Schlachtbox für ca. 10.000 Euro bestellt. Im

Sommer 2018 nutzen drei Bauern gemeinsam das Gerät. Momentan sind 30 Schlachtungen in diesem Jahr geplant. Immerhin – dank der Nachfrage nach Fleisch aus der Schlachtbox können es auch schnell mehr werden.

Der Biohof Siegel bietet auch den Versand des Schlachtbox-Fleisches in Kühlboxen an. Als weiteres Qualitätsmerkmal werden auf dem Hof nur Kälber aus muttergebundener Haltung aufgezogen.

Weitere Infos zum Biohof Siegel:

Tel. 08320. 512

www.biohof-siegel.de

Andrea Elisabeth Eiter

Originalfassung des Textes: Fleischatlas Regional der Heinrich-Böll-Stiftung als bayerischer Beitrag der Petra-Kelly-Stiftung und der AbL-Bayern, 2016, mehrfach aktualisiert.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) ist eine bäuerliche Interessenvertretung, die seit 1983 für eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft eintritt. Der Landesverband Bayern hat sich im Jahr 2001 gegründet. In der AbL haben sich sowohl konventionell als auch ökologisch wirtschaftende Bäuerinnen und Bauern zusammengeschlossen, die unabhängig von ihrer derzeitigen Betriebsgröße und -organisation den weiteren Weg in eine industrielle Landwirtschaft nicht mitgehen wollen.

Die AbL steht für bodengebundene, artgerechte Tierhaltung in überschaubaren Beständen anstelle von Hochleistungstieren mit kurzer Nutzungsdauer. Das Tier darf nicht nur „Produktionsfaktor" sein, es ist Mitgeschöpf und sein Wohl liegt in unser aller Verantwortung. Bereits 1988 hat die AbL das Markenfleischprogramm „Neuland" für besonders artgerechte Tierhaltung mitgegründet.

Zu unseren Mitgliedern zählen auch Menschen, die sich als Verbraucher, Umwelt- oder Tierschützer für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen.

Wir freuen uns über neue Mitglieder!

www.abl-bayern.info

Kontakt und Bestellung der Infobroschüre zur Schlachtbox: Landesgeschäftsstelle AbL Bayern, Andrea Elisabeth Eiter,

E-Mail: abl-bayern@web.de

Die Band „HAZEL THE NUT" hat sich auf ihrer letzten Tour für PROVIEH und den Nutztierschutz stark gemacht. Auf den Konzerten und danach am Merchandise-Stand konnten sie viele Besucher über unsere Tierschutzarbeit informieren und zusätzlich haben sie sogar noch eine Spende an PROVIEH überwiesen. Wir danken euch ganz herzlich für euren Einsatz!

Euer PROVIEH-Team

„Als der Titel des Albums „Animal Birthday Party" klar war, hatten wir viele tierisch-gute Ideen, wie das Artwork und die Kommunikation aussehen könnten. Da wir alle vier große Tierfreunde sind, war uns klar, dass wir keine echten Tierfotos nehmen wollen, im Gegenteil wir wollten lieber etwas für Tiere tun. Da kam uns die Idee, dass wir am liebsten eine Tierschutzorganisation im Laufe unserer Tour unterstützen würden. Dabei dachten wir an PROVIEH. Euer Ansatz gefällt uns sehr gut und wir finden eure Arbeit ist eine super Sache."

HAZEL THE NUT

Pferdewohl und Pferdeleid

Das Pferdeland Schleswig-Holstein soll aufgeweckt werden und in Sachen Pferd hoffentlich bald mit gutem Beispiel voran gehen. Auf Initiative von PROVIEH wurde bereits 2017 im Tierschutzbeirat Schleswig-Holstein das Thema Pferde angefasst. Festzustellen ist, dass sowohl in der Pferdehaltung als auch im Pferdesport und im täglichen Umgang Tierwohl und -leid häufig sehr dicht beieinander liegen. Dringender Handlungsbedarf wurde gesehen.

Es ist definitiv nötig, ein neues Bewusstsein für die Bedürfnisse der Pferde zu schaffen. Vieles, was in der Gesellschaft im Umgang mit Pferden und beim Reiten als üblich eingestuft wird, sollte erheblich überdacht werden. Hilfreich sind dabei bereits die beiden Leitlinien zur Haltung und „Nutzung", die es seit längerem gibt. Die Leitlinie zum Tierschutz im Pferdesport wurde gerade in neuer Fassung vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegt. Bei der Ausarbeitung war PROVIEH neben zahlreichen weiteren Tierschutzverbänden und weiteren Organisationen beteiligt und wir sind froh, dass – nach langen Diskussionen und zähen Verhandlungen – Verbesserungen erreicht werden konnten.

Doch auch wenn beide Leitlinien bereits lange existieren, ist deren Inhalt bei einem großen Teil der Halter und Reiter der mehr als eine Millionen Pferde in Deutschland noch nicht angekommen. Deshalb hat der Tierschutzbeirat Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Landestierschutzbeauftragten das Merkblatt „Pferdewohl und Pferdeleid – Was Pferdefreunde wissen sollten" entwickelt. Es soll in großer Auflage unter Reitern und Pferdeinteressierten verteilt werden. Zudem ist für den 13. November 2019 ein Parlamentarischer Abend im Landeshaus geplant. Drei Fachleute werden in interessanten Vorträgen die Zusammenhänge vor großer Runde erläutern. In einer anschließenden Podiumsdiskussion sollen Visionen und konkrete Lösungen diskutiert und zusammengetragen werden. Finanziert wird diese Aktion über eine Projektförderung der Umweltlotterie BINGO!

Wir hoffen, dass zum Wohle der Pferde damit die Initialzündung gesetzt wird und auch andere Bundesländer sich anschließen werden. Die Visionen von PROVIEH und dem Tierschutzbeirat sind:

- Respektvoller Umgang mit allen Pferden
- Etablierung artgemäßer Haltungssysteme
- Freilauf und Weidehaltung im Herdenverband für alle Pferde
- Sachkundige und achtsame Pferdehalter und Stallbetreiber

Weitere Informationen, einen Link zu den aktuellen Leitlinien sowie das Merkblatt zum kostenlosen Download finden Sie unter (**www.provieh.de/respekt-vor-dem-pferd**). Telefon: **0431. 248 280**, Mail: **info@provieh.de**)

Kathrin Kofent,
Fachreferentin für Pferde

INFOBOX

Der Tierschutzbeirat Schleswig-Holstein besteht aus zwölf Personen aus Tierschutzverbänden, Tierärzteschaft, Wissenschaft, Kirche und Landwirtschaft. Er trifft sich sechsmal jährlich im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung und berät den zuständigen Minister in Grundsatzangelegenheiten des Tierschutzes. Intensiv und gewissenhaft diskutiert und bearbeitet werden vielfältige aktuelle Tierschutzthemen.

Dänisches Sortbroget Schwein

Das Dänische Sortbroget Schwein ist auch unter dem Namen Glöckenschwein bekannt. Diese Rasse gilt, mit einem Weltbestand von 160 Tieren, als extrem gefährdet.

Herkunft

Das Dänische Sortbroget Schwein stammt ursprünglich von der dänischen Insel Fünen, auf welcher nach wie vor fast der gesamte Weltbestand in ganzjähriger Freilandhaltung lebt.

Der Genpol dieser Schweinerasse wurde durch das aus Großbritannien stammende Gloucestershire Old Spot Schwein erweitert, welches die Wurfgröße positiv beeinflusst hat. Seit 1920 gibt es eine offizielle Herdbuchzüchtung.

Der Großteil des Bestandes lebt in einem dänischen Haustierpark. Der Gründer Gorm Benzon hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, alte historische Nutztierrassen der Nachwelt als lebendes Kulturgut zu erhalten und genetische Reserven für die landwirtschaftliche Tierzucht zu bewahren. Die erste Zuchtgruppe außerhalb der Insel Fünen wurde 1996 in den Tierpark Arche Warder nach Schleswig-Holstein gebracht.

Bild oben: Die meisten Sortbroget Schweine leben in Dänemark.

Bild rechts: Dieses Sortbroget Schwein besitzt die typischen „Glöckchen“.

Eigenschaften und Nutzung

Das Dänische Sortbroget Schwein gilt in seiner alten genetischen Konstellation als unspezialisiertes Weideschwein. Durch seine robuste und genügsame Art kann es im Sommer wie auch im Winter seinen Bedürfnissen wie Suhlen, Scheuern oder ihrer Futtersuche nachgehen. Durch den dennoch begrenzten Platz ist das Zufüttern notwendig, ebenso können Stohballen auf der Fläche zur Verfügung gestellt werden, in denen sich Insekten, Würmer oder auch kleine Nagetiere verstecken, die den Schweinen als zusätzliche Eiweißquelle dienen. Auch der Ferkelaufzucht im Freien steht nichts im Wege, da die auseinander gerissenen Ballen neben den Unterständen gerne von den Muttersauen angenommen werden.

Als ungewöhnlich gilt die gute Verträglichkeit dieser Schweinerasse untereinander, da diese meist in großen Familienverbänden gehalten werden können.

Besonderheit

Diese Schweinerasse unterscheidet sich von anderen durch ihre Bommel oder auch Glöckchen, deshalb der Name Glöckchenschwein. Wobei auch nur ein Drittel dieser Schweine Glöckchen besitzt.

Die Bommel befinden sich am Unterkiefer in der Nähe des Halsansatzes und können ein- oder beidseitig auftreten. Für das Glöckchenschwein haben diese in der heutigen Population keine Funktion, es sind einfache Hautausstülpungen ohne Drüsen. Es ist literarisch nicht festgehalten, ob diese Bommel früher von Bedeutung waren. Dennoch sind mehrere Rassen bekannt, die aus ähnlicher Zeit stammen und ebensolche Glöckchen aufweisen. Sicher ist, dass spezielle Erbanlagen für diese Bommel vorhanden sein müssen, die früher weit verbreitet waren und die heute nicht mehr so oft sichtbar werden.

Isabella Jaye

INFOBOX

Steckbrief

Ins Deutsche übersetzt heißt das Dänische Sorbroget Schwein „schwarz-buntes“, denn „sort“ heißt übersetzt schwarz und „broget“ bunt. Bei einer Größe von 65 bis 75 Zentimetern und einer Länge von 140 bis 160 Zentimetern kommen diese Schweine auf ein Gewicht von 130 bis 160 Kilogramm. Eber sind meist größer und kräftiger als ihre weiblichen Artgenossen, die dagegen zierlicher wirken.

PROVIEH GÄNSEFÜSSCHEN

Was bedeutet „Klimawandel"?

Momentan gehen viele Schüler freitags nicht zum Unterricht in die Schule. Sie streiken für das Klima. Damit fordern sie die Politiker auf, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen – denn es geht um ihre Zukunft.

Als Klima bezeichnet man alle Wettererscheinungen auf einem bestimmten Gebiet, die über ganz viele Jahre hinweg immer wieder auftauchen. Meteorologen untersuchen das Klima über mehrere Jahrzehnte und können so die durchschnittlichen Temperaturen oder Niederschlagsmengen (Regen) berechnen. In Deutschland haben wir ein gemäßigtes Klima. Das heißt, es ist selten richtig kalt und auch nicht so heiß wie am Äquator. „Klimawandel" bedeutet, dass sich das Klima verändert. Auf der Erde wird es im Durchschnitt immer wärmer und die allermeisten Forscher glauben, dass der Mensch daran Schuld hat. Den Klimawandel kann man zum Beispiel daran erkennen, dass das Eis an den Polkappen schneller schmilzt oder es immer häufiger Extremwetter gibt, wie heftige Überschwemmungen, starke Stürme oder verheerende Dürrekatastrophen.

Das Klima hat sich auch schon früher verändert, wie zum Beispiel zur Eiszeit, aber heute verändert es sich viel schneller. Das Problem daran ist, dass sich die Tiere und Pflanzen nicht so schnell daran anpassen können.

Indem der Mensch zum Beispiel Öl, Kohle und Gas verbrennt, um Energie zu gewinnen, erzeugt er das Treibhausgas Kohlendioxid (CO_2). Auch die Landwirtschaft produziert eine Menge klimaschädlicher Treibhausgase, da zu viele Tiere auf einer zu kleinen Fläche gehalten werden. Wenn diese Tiere, die möglichst schnell groß und dick werden sollen, pupsen, entsteht das Treibhausgas Methan. Die Gülle der vielen Tiere verteilt der Landwirt dann großzügig auf den Feldern. Dadurch wird ein besonders schädliches Treibhausgas freigesetzt: Lachgas. Für die Tierhaltung werden außerdem häufig Urwälder abgeholzt und verbrannt. Dadurch geht uns zum einen ein lebenswichtiger Sauerstofflieferant (die Bäume) verloren, zum anderen gelangt auch dadurch Kohlendioxid in die Atmosphäre.

Die Atmosphäre ist eine schützende Hülle, die unsere Erde umgibt. Sie verhindert, dass die Sonnenwärme sofort wieder ins Weltall verschwindet. Ohne die Atmosphäre wäre es hier genauso kalt wie im Weltall. Aber die Treibhausgase machen unsere Atmosphäre immer dichter und immer weniger Wärme kann ins All entweichen. So wird es auf der Erde immer wärmer. Damit wir Menschen und die Tiere weiter gut auf der Erde leben können darf die weltweite durchschnittliche Temperatur höchstens um 1,5 Grad steigen.

Alle Menschen und alle Länder dieser Erde sind vom Klimawandel betroffen. Besonders die Industrieländer, zu denen auch Deutschland zählt, tragen viel zum Klimawandel bei. Deshalb ist es wichtig, dass die Menschen hier mit gutem Beispiel voran gehen und die Politiker etwas gegen den Klimawandel unternehmen. Viele Länder haben sich bereits dazu verpflichtet, den Klimawandel zu stoppen. Sie haben Regeln aufgestellt, welches Land welchen Beitrag zum Klimaschutz leisten soll. Das ist schon mal ein guter Anfang, aber es gibt noch sehr viel zu tun und die Politiker müssen sich an ihre Vorgaben halten.

Christina Petersen

Impressum

Herausgeber:
PRO**VIEH** e.V.
Küterstraße 7–9, 24103 Kiel
Telefon 0431. 2 48 28-0
Telefax 0431. 2 48 28-29
info@provieh.de, www.provieh.de

Redaktionsschluss für das PRO**VIEH**-Magazin 3/2019: 04.07.2019
Wir freuen uns über Ihre Beiträge für das PRO**VIEH**-Magazin; bitte schicken Sie uns diese wenn möglich als Word-Datei.

Redaktion:
Prof. Dr. Sievert Lorenzen (V.i.S.d.P.), Christina Petersen, Sandra Lemmerz

Gestaltung und Realisation:
Judith Handy, Mediengestalterin, PRO**VIEH**

Druck, Verarbeitung:
STEFFEN MEDIA, Druckerei und Medienhaus, Friedland/Mecklenburg

Auflage: 9.000 Exemplare

© 2019 PRO**VIEH** e.V.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich die Kürzung und redaktionelle Überarbeitung von Manuskripten und Leserbriefen vor.

Fotonachweis:
Titelbild: bruno-van-der-kraan/unsplash, S. 5: jozsitoreoe/Fotolia; S. 4, 6: geralt/Pixabay; Fridays for Future Kiel; S. 4, 26: Landpixel; S. 4, 36: larsen9236 staniel-cay/Pixabay; S. 4, 44: Katharina Stohr; S. 4, 42 oben, 48, 49: Christina Petersen; S. 7: Fridays for Future; NiklasPntk/Pixabay; S. 8: GoranH/ Pixabay; S. 9: inactiv-1062161/Unsplash; Tama66/Pixabay; skeeze/Pixabay; Schmid-Reportagen/Pixabay; S. 10: Mike Mareen/Fotolia; S. 11: hpgruesen/Pixabay; S. 12, 13, 18: AGRAR-ATLAS 2019/EUROSTAT. EEa; S. 12: AGRAR-ATLAS 2019/EC; S. 14 – 15: AGRAR-ATLAS 2019/STOCKMAR; S. 16: Vorschlag der EU-Kommission/https://ec.europa.eu; S. 20: Johannes Plenio/Pixabay; S. 21: kameron-kincade/Unsplash; S. 22: Agrarfoto; S. 25: Christian Schneider; S. 28 – 33: Jo-Anne McArthur/weanimals; S. 30: Jens Bülte; S. 35: Fotolia/Petr Mašek; S. 37: Wikipedia A.J. T. Johnsingh, WWF-India and NCF (CC BY-SA 3.0); S. 38: Pinselohrschwein: Fotolia/Claudia Otte; S. 39: iStockphoto; S. 40, 41: Prof. Dr. Kai Frölich; S. 42 unten: Berit Stüven; S. 43: Isabella Jaye; S. 45: Bartz/Stockmar, CC-BY-SA 3.0; S. 46: HAZEL THE NUT; S. 46: treerasak/Fotolia; S. 50: rawpixel/Freepik; S. 51: Blueorange Studio/Fotolia; alle Übrigen: PRO**VIEH** e.V.

Spendenkonten von PRO**VIEH** e.V.:

EthikBank: BIC GENO DEF1 ETK, IBAN DE 75 8309 4495 0003 2625 10

Kieler Volksbank eG: BIC GENO DEF1 KIL, IBAN DE 87 2109 0007 0054 2993 06

Bitte geben Sie bei Überweisungen Ihre Mitgliedsnummer an, soweit vorhanden. Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erbschaften und Vermächtnisse zugunsten PRO**VIEH** e.V. sind von der Erbschaftssteuer befreit.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

PROVIEH e.V. • Küterstraße 7–9 • 24103 Kiel
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt, 44904

PROVIEH e.V. • Küterstraße 7–9 • 24103 Kiel

STIMME ERHEBEN

End the Cage Age – Käfighaltung beenden

Millionen von „Nutz"tieren in der EU fristen ihr Dasein in Käfige gesperrt. Sie können niemals laufen oder das Gras unter ihren Füßen spüren. Wir finden: Ein Leben im Käfig ist kein Leben!

So sehen es auch viele andere Menschen. Über 950.000 EU-Bürgerinnen und Bürger haben bereits ihre Stimme für ein Ende der Käfighaltung in Europa erhoben!

Die Kampagne End the Cage Age hat das Ziel, mindestens eine Million Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative gegen Käfighaltung sammeln, deshalb brauchen wir Ihre Unterstützung. Wir benötigen eine Million gültige Unterschriften, um die Europäische Kommission aufzufordern, diese unwürdige Behandlung von landwirtschaftlich gehaltenen Tieren zu beenden!

Sind Sie schon dabei? Unterschreiben Sie jetzt hier für ein Ende der grausamen Käfighaltung:
https://eci.endthecageage.eu oder benutzen Sie einfach die Unterschriftenliste im Heft.
Der QR-Code leitet Sie direkt auf die Petitionsseite.